Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich durch die Austräger 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk., durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg. im Reklameteil 80 Pfg., für Ostfrontanzeigen u. Nachweisungen entsprechenden Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernspr. Nr. 324.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der gelegentlich erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 290 — Mittwoch den 22. Dezember 1920 — 47. Jahrg.

Parteiumgruppierungen.

III.

Zentrum oder Partei Stegerwald.

Das Wort vom „Riß im Zentrumsturm" ist allzu oft angeführt worden, der Turm hat durch die verschiedenen kleinen Risse und Sprünge, die sich in den letzten Jahren gezeigt haben, nichts von seiner Widerstandskraft verloren. Ist er diesmal wirklich bedroht, oder ist es wie so oft in den letzten Jahren viel Geschrei um wenig Wolle?

Der preußische Wohlfahrtsminister und Zentrumsmann Stegerwald, der zugleich Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist, hat Ende November auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Essen eine Rede gehalten, die mit Recht sehr große Beachtung gefunden hat. In dieser Rede hat Stegerwald erklärt, soll Deutschland gesunden, so müssen wir unter allen Umständen auf eine Konsolidierung unseres Parteisystems hinarbeiten. „Eine solche Konsolidierung ist aber nur möglich durch eine gemäßigte Partei, die mindestens ebenso stark ist wie die mehrheitssozialistische." Eine solche Partei müsse sein: „deutsch, christlich, demokratisch, sozial". Diesen Ausführungen kommt deshalb eine ganz besondere Bedeutung zu, weil der Kongreß der christlichen Gewerkschaften den Stegerwald'schen Gedanken einstimmig seine Zustimmung erteilte, so daß ein parlamentarisches Aktionskomitee gewählt wurde, dem die weitere Verfolgung dieser Gedanken obliegt, und die Gründung einer großen Tageszeitung beschlossen wurde, die in den Dienst der Sache gestellt werden soll.

Der Gedanke an diese Partei ist nicht ganz neu. Man muß in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften ihn schon seit längerer Zeit erwogen haben, sonst wäre eine so einhellige Zustimmung nicht möglich gewesen, und wie man hört, soll Stegerwald schon kurz nach der Revolution den Gedanken, eine neue Partei zu begründen, gefaßt haben, da ihm das Zentrum durch seine schwankende Haltung in der Taufrage und durch sonstige Kriegssünden zu arg belastet erschien. Es entsteht nun also die Frage, will denn Stegerwald überhaupt eine neue Partei? Über diese Frage hat ein großes Rätselraten eingesetzt. Die einen sagen ja, die anderen, und namentlich die Zentrumsblätter, sagen nein, was Stegerwald will, leitet ja das Zentrum, das ja ohnehin im Begriff ist, sich ein neues Programm zu geben.

Wer hat Recht? Beide, wie uns scheinen will. Stegerwald warnt ja ausdrücklich vor einer weiteren Parteizersplitterung, das sieht also durchaus nicht nach einer „Zertrümmerung des Zentrums" aus, aber ebensowenig läßt er irgend einen Zweifel daran, daß das Vaterland über der Partei stehe, und daß man auch vor dem letzten Schritt nicht zurückschrecken dürfe; das Vaterland muß gerettet werden, selbst wenn die Partei in Trümmer gehen sollte. Das kann doch also wohl nur heißen, läßt sich die „Partei der Deutschen inneren Erneuerung", wie Stegerwald sie nennt, auf dem Boden des Zentrums sammeln, dann geht es mit dem Zentrum, sonst aber muß es eben anders gehen.

Zweifellos wäre dazu aber eine Umstellung des Zentrums nötig. Den Kernpunkt hat Stegerwald wohl in seiner letzten Rede auf dem Parteitag der preußischen Zentrumspartei berührt, als er nochmals auf seine Essener Rede zurückkam. „Die deutsche Reichsverfassung", so führte Stegerwald dort aus, „sieht die Trennung von Staat und Kirche vor. Sobald diese durchgeführt ist, werden die konfessionellen Gegensätze in der Staatspolitik nicht mehr die große Rolle spielen wie ehedem, wo das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in vielen Bundesstaaten ein so enges gewesen ist, wie fast nirgends in der Welt". Darum hat auch Stegerwald in Essen ausdrücklich betont (die Rede ist als Band II der „Europäischen Bücherei" erschienen), daß, wenn das große Ziel erreicht werden soll, eine politische Zusammenfassung der positiven Kräfte im katholischen und evangelischen Lager erforderlich sei. Hier liegt für das Zentrum nun das Problem. Der konfessionelle Kitt, der Dank einer falschen Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien, der die widerstrebendsten Interessen im Zentrum zusammenhielt, wird an Wirkungskraft verlieren, je mehr sich die konfessionellen Gegensätze ausgleichen. Wie weit dem das neue Zentrumsprogramm Rechnung tragen wird, muß abgewartet werden. So läßt sich denn auch heute nicht voraussagen, wann und in welchem Umfange sich die Stegerwaldschen Gedanken verwirklichen lassen werden. Man soll nicht übersehen, daß die christlichen Gewerkschaften dahinterstehen, d. h. also doch immer eine Gefolgschaft von etwa 4 Millionen Wählern.

Die Parteien, wie wir sie heute in Deutschland haben, sind ja nichts Endgültiges, Unverrückbares, Unabänderliches. Auch der demokratische Führer Senator Dr. Petersen hat ja erst jetzt in Nürnberg wieder betont, daß die jetzigen Parteischranken nicht etwa Naturnotwendiges seien, sondern er hat die Möglichkeit von Um- und Neubildungen erkannt. Die Dinge kommen langsam, sehr langsam in Fluß. Niemand wird annehmen können, daß der morgige Tag oder der nächste Monat nun neue Resultate bringe. Es muß zunächst genügen, auf das Problem einmal hingewiesen zu haben. Deutschland, so heißt es bei Stegerwald mit Recht, ist „in die parlamentarische Regierungsform eingetreten mit einem Parteisystem, das sich in 50jähriger Entwicklung unter absolut anderen Bedingungen und zur Erfüllung von Aufgaben herangebildet hat, die völlig verschieden sind von den heutigen. Das ist die Kernfrage unserer heutigen politischen Lage, ohne deren auch nur einigermaßen befriedigende Lösung es keinen Wiederaufstieg Deutschlands geben wird, neue Spannungen sich bilden werden, die zu gewaltigen Entladungen drängen."

Wer nicht parteipolitisch vollständig „verbonzt" ist, der wird den Versuch Stegerwalds beachten müssen nach einem Weg, der hinaufführt zu einem glücklichen und freien Deutschland.

Eine stürmische Sitzung im Berliner Rathaus.

Berlin, 22. Dez. Als Auftakt zu der gestrigen Berliner Stadtverordnetensitzung zogen die Arbeitslosen von den Versammlungssälen nach dem Rathaus, das sie förmlich belagerten. Da schon am Morgen Arbeitslose mit Gewalt vorzugehen drohten, so hatte ein größeres Polizeikommando vor und in dem Rathause Aufstellung genommen. Die Kommunisten drohten darauf sofort zu Beginn der Sitzung einen Antrag ein, die Sitzung zu vertagen, bis die Sicherheitspolizei zurückgezogen sei. Dieser Antrag war das Signal zu großen Sturmszenen und zur Erörterung der Frage, wem das Hausrecht im Rathause zustehe. Die Erregung der Massen stieg noch, als mehrere Züge der Feuerwehr eintrafen, die von unberufener Seite alarmiert worden war. Die rüdesten Schimpfereien und Schmähungen wurden aus den radikalen Reihen gegen die Bürgerlichen geschleudert und als diese dann — bei einer Wiederholung dieser Szenen — unter Protest den Saal verließen, johlten die Kommunisten wie die Besessenen hinter ihnen her. Bürgermeister Ritter stellte das forrekte Vorgehen des Polizeikommissars fest, leise indessen mit, daß die Sicherheitspolizei doch zurückgezogen sei, weil keine Exzesse mehr zu befürchten wären. Die Kommunisten begründeten ihre Arbeitslosen- und Wohnungsfürsorgeanträge mit den bekannten bombastischen Agitationsreden, mußten es sich aber gefallen lassen, daß selbst die radikal-orientiertesten Stadträte ihnen erklärten, daß man mit solchen Anträgen keine praktische Politik betreiben könne.

Eine Weihnachtsspende chilenischer Frauen.

Berlin, 22. Dez. (TU.) Ein Verband chilenischer Frauen hat für die Kriegerwaisen eine Summe von 150 000 ℳ gesammelt und durch den hiesigen chilenischen Gesandten der Frau Dr. Simons, der Gattin des Reichsministers des Äußern, zur Verteilung zu Weihnachten übermitteln lassen.

Der Kampf um die Gewerkschaften in Hamburg.

Hamburg, 22. Dez. (TU.) In einer Versammlung der im Zentralverband organisierten Maschinisten und Heizer kam es zu erregten Auseinandersetzungen betreffend die Stellungnahme zu der Entschließung des Gewerkschaftsbundes, welche energische Maßnahmen gegen die Moskauanhänger verlangt, nur einer Zersplitterung der Gewerkschaften vorzubeugen. Von den Kommunisten war ein Antrag gestellt worden, diese Entschließung abzulehnen und einer Resolution zuzustimmen, die eine Revolutionierung der Gewerkschaften einstrebt. In der Abstimmung wurde die Entschließung des Hauptausschusses des Gewerkschaftsbundes mit überwiegender Mehrheit angenommen, der Antrag der Moskau-Anhänger abgelehnt.

Besprechungen des Reichswehrministers in München.

München, 22. Dez. (TU.) Reichswehrminister Dr. Geßler ist zwecks Besprechung mit den Militär- und Zivilbehörden in München eingetroffen.

Rücktritt des griechischen Kabinetts.

Athen, 22. Dez. (TU.) Ministerpräsident Rhallis hat dem König die Demission des Kabinetts überreicht. Der König hat ihn ersucht, die Macht noch solange in den Händen zu behalten, bis die Einberufung der Kammer erfolgt ist.

10 Millionen-Spende für die österreichischen Kinder.

Wien, 22. Dez. (TU.) Die Wiener Großbanken haben für die Kinderhilfsaktion 10 Millionen Kronen gespendet.

Gefechte in Irland.

London, 22. Dez. (TU.) Aus Irland meldet „Daily Mail", daß eine Schlacht in Mullingham stattgefunden hat. Hierbei wurden 40 Freiwillige gefangen, 10 getötet und mehrere verwundet, ferner wurden 8 englische Soldaten getötet.

Neue Streiks.

Wien, 22. Dez. (TU.) Infolge Lohnforderungen ist das Personal der Staatsdruckerei sowie der „Wiener Zeitung" und des Münzamtes in den Ausstand getreten.

Graz, 22. Dez. (WTB.) Die Angestellten des Gast- und Schankgewerbes haben wegen nichterfüllter Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Drohender Eisenbahnerstreik in Österreich.

Wien 22. Dez. Die Beamten der Südbahn verlangten gestern die Auszahlung von Weihnachtsgratifikationen. Da die Südbahngesellschaft erklärte, sie könne die Forderungen nicht erfüllen, wurde der Verkehr der D- und Schnellzüge eingestellt. Wenn den Forderungen heute nicht nachgegeben wird, so soll auch der Verkehr der Personenzüge eingestellt werden. Man befürchtet, daß auch die Angestellten der Privateisenbahnen, welche Forderungen stellen werden, sich wahrscheinlich dem Streik anschließen und daß dadurch ein allgemeiner Eisenbahnerstreik in Österreich eintreten könnte.

Italienisches Ultimatum von d'Annunzio abgelehnt.

Rom, 22. Dez. (Stefani.) De d'Annunzio nicht die Absicht geäußert hat, sich dem Willen Italiens zu unterwerfen, hat General Caviglia ihm Montag abend um 6 Uhr ein Ultimatum überreichen lassen, das gestern abend um 6 Uhr ablief. Das Ultimatum stellte drei Bedingungen: 1. Räumung von Veglia und Arbe und den anderen kleineren Ortschaften, die durch den Vertrag von Rapallo Südslawien zugesprochen sind. 2. Möglichkeit für die italienischen Kriegsschiffe, den Hafen von Fiume zu verlassen und Rückgabe der Schiffe und Panzerautos, die nach der Blockade nach Fiume gekommen sind. 3. Auflösung der Truppen, soweit es sich nicht um Bürger von Fiume handelt. Wie Caviglia hinzufügte, läßt er Unterhandlungen nur in bezug auf Einzelheiten der Ausführung dieser drei Punkte zu.

Auf die Aufforderung General Cavaglias antwortete d'Annunzio, er werde von Rapallo nichts annehmen und sei zum äußersten Widerstand entschlossen.

Konstituierung der „Vereinigten Staaten von Mittelamerika".

Basel, 22. Dez. Nach einem Telegramm des „Secolo" aus Guatemala haben sich die fünf zentralamerikanischen Republiken, Guatemala, Honduras, Salvador, Nicaragua und Costarica, zu den „Vereinigten Staaten von Mittelamerika" zusammengeschlossen. Die fünf Republiken werden von jetzt an ein einheitliches Banner führen und gemeinsame diplomatische und konsularische Vertretungen ernennen. Es werden die Zoll- und Münzsysteme sowie der Land- und Seeverkehr vereinheitlicht werden. Das neue Staatengebilde umfaßt rund 450 000 Quadratkilometer und drei Millionen Einwohner.

Politische Uebersicht.

Außenpolitischer Rückblick.

Wie in Deutschland, zeigt sich auch in anderen Staaten Europas, daß die Friedensbilate der Entente das Gegenteil ihres Zweckes erreicht haben. Namentlich die aus der früheren Donaumonarchie hervorgegangenen Staaten sind voller Unruhe. Dies gilt zunächst von Österreich, dessen finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse so zerrüttet sind, daß seine staatliche Fortexistenz direkt in Frage gestellt ist. Ob seine Lage sich durch die nunmehr erfolgte Aufnahme in den Völkerbund bessern wird, steht dahin. Irgend etwas muß aber geschehen, sonst ist Staat und Volk verloren! Auch in Tschecho-Slowakei ist die Lage unerfreulich. Auf die völkischen Konflikte folgen die sozialen mit Generalstreik, Standrecht und Kampf der sozialistischen Gruppen untereinander. Das Ende kann kaum vorausgesagt werden, da der durch den Frieden geschaffenen Konstitutionsmöglichkeiten allzu viele sind. In Ungarn hat sich das Parlament für die Monarchie ausgesprochen. Die Frage aber, wer den Thron besteigen soll, ist ungelöst. Augenblicklich haben die Chancen Kaiser Karls. Man verhandelt, um ihn zu seinem Verzicht auf die österreichische Kaiserkrone zu bewegen. Rumänien und die Tschecho-Slowakei widerstreben dem aus naheliegenden Gründen. Frankreich begünstigt, worüber man sich nach der Vergangenheit unseres treuen Verbündeten Karl nicht wundern kann.

Endlich ist auch Jugoslawien voll innerer Unruhen. Die Wahlen zur Konstituante haben in Kroatien den überwiegenden Sieg der republikanisch-separatistischen Gruppe Raditsch gebracht. In einer Volkskundgebung haben die Kroaten Enthaltung von der Belgrader Konstituante geschworen, solange nicht von Serbien die Republik Kroatien anerkannt werde, als Teil eines größeren Staatenbundes, der Serbien und Bulgarien umfassen soll. Die Todfeinde Serbien und Bulgarien in einen Staatenbund zu bringen, ist wohl unmöglich. Allein, daß Kroatien nicht als Teil Serbiens dem Staat Jugoslawien angehören will, zeigt uns, wie die unhistorischen Staatenbildungen der Entente schwankende Gebilde sind und wie die Entwicklungen in diesen Ländern noch nicht abgeschlossen sind.

Von Bedeutung ist, daß Frankreich die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wieder aufnimmt. Man muß sich an das Trennungsgesetz erinnern, um den Triumph des Vatikans zu verstehen, der auch für uns von Bedeutung ist. Denn bei den Verbindungen des Vatikans zu dem südwestdeutschen und französischen Deutschland geht man wohl nicht in der Annahme fehl, daß der Zweck der neuen französischen Politik ist, durch den Vatikan bestimmenden Einfluß in den deutschen Ländern zu gewinnen, in denen die Abneigung gegen das Franzosische, wie auch im Elsaß, unverhüllt zutage tritt. Auch die Schaffung Frankreichs muß daher im großen Spiel seiner antideutschen Politik verstanden werden, die sich in Genf deutlich gezeigt hat, als Motiv die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erwähnt hat. Der französische Vertreter protestierte sofort lebhaft gegen diese Möglichkeit, wobei es vielleicht klüger gewesen wäre, sich erst einmal die Frage vorzulegen, ob Deutschland denn überhaupt in den Völkerbund eintreten will. All das muß aber beachtet werden im Hinblick auf die jetzt stattfindenden Besprechungen in Brüssel. Aus Paris wird gemeldet, Frankreich nähere sich dem deutschen Standpunkt, durch Ware usw. die Wiedergutmachung bewirken zu lassen. Es steht aber auch fest, daß die phantastischsten Entschädigungssummen von den Franzosen weiter gefordert werden. Und so muß man völlige Skepsis bewahren. Die wahre Stimmung der Entente beweist jeder Tag von neuem. Wir erinnern an die Note bezüglich der Flugzeugfabrikation, der Einwohnerwehren, man bedenke, wie in jeder außenpolitischen Frage gegen uns entschieden wird, z. B. bei der Grenzziehung um Flensburg. Daher ist Optimismus hinsichtlich der Entscheidungen der nächsten Wochen unangebracht.

*

Schweiz.

Der Bundesrat und der Völkerbund.

Bern, 21. Dez. Bundespräsident Motta erstattete dem Bundesrat in der Sitzung vom Dienstag Bericht über die Völkerbundstagung in Genf. Der Bundesrat dankte dem Chef des politischen Departements, sowie den übrigen schweizerischen Delegierten für ihre Tätigkeit in Genf und sprach der Delegation für die dort eingenommene Haltung die volle Zustimmung und Anerkennung aus.

Frankreich.

Anschluß französischer Sozialisten an die 3. Internationale.

Paris, 21. Dez. Der Bezirksparteitag der sozialdemokratischen Partei der oberen Marne hat sich gestern mit neun gegen drei Stimmen für den Anschluß an die 3. Internationale ausgesprochen.

Die Kammer fordert die Ausführung der wirtschaftlichen Klauseln des Versailler Friedensvertrages.

Paris, 22. Dez. Die Kammer beendete gestern die Interpellationen über die Wirtschaftskrisis. Sie nahm mit 475 gegen 66 Stimmen eine Vertrauenstagesordnung an, in der erklärt wird, sie habe die Zuversicht, daß die Regierung die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze der französischen Industrie treffen und für die Ausführung der wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages von Versailles eintreten werde.

Der Senat genehmigt den Amnestie-Entwurf.

Paris, 21. Dez. Der Senat genehmigte am Dienstag nachmittag den Amnestie-Entwurf und lehnte es ab, die Amnestie auch für die Aufrührer der Schwarzen-Meer-Flotte zu gewähren.

Griechenland.

Eine Botschaft König Konstantins an die Griechen.

Paris, 22. Dez. König Konstantin richtete eine Botschaft an das griechische Volk. Darin heißt es, während seiner dreijährigen Abwesenheit von Griechenland habe er in ständiger Angst gelebt, ohne aber auch nur einen Augenblick den Trost zu verlieren, den ihm die Zuneigung des griechischen Volkes und dessen Vertrauen gewährten. Es sei ihm eine Freude, sich jetzt wieder unter seinem Volke zu befinden. Der einstimmige Ruf des griechischen Volkes habe ihm bewiesen, wie richtig seine Devise sei: Meine Kraft liegt in der Liebe meines Volkes. Konstantin bespricht sodann den Tod seines Sohnes und führt fort, er habe jetzt nur eine Aufgabe: sich des griechischen Volkes würdig zu erweisen, die Verfassung streng zu beobachten und parlamentarisch zu regieren. Im übrigen werde er die Einigkeit des griechischen Volkes zu fördern suchen, dessen Jahrhunderte alte Ansprüche auf dem besten Wege zur Erfüllung seien. Mit den Alliierten wolle er die besten Beziehungen unterhalten und die Bande, die Griechenland an Serbien fesselten, pflegen.

Rücktrittsgesuch der griechischen Regierung.

Paris, 22. Dez. Das griechische Kabinett übermittelte dem König die Demission. Der König hat den Ministerpräsidenten und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0001

die übrigen Minister, im Amte zu bleiben, bis die Kammer zusammengetreten sei.

Nordamerika.

Herabsetzung der Löhne in den Vereinigten Staaten.

London, 22. Dez. Wie die „Financial News" aus New York meldet, sind alle großen Industriekonzerne mit der Herabsetzung der Löhne beschäftigt, die zum 1. Januar durchgeführt werden soll. Die Kupferfabriken haben die Löhne um 15 Prozent ermäßigt.

Hilfsaktion für die Ernährung der Kinder in Mitteleuropa.

Paris, 21. Dez. Wie dem „New York Herald" aus New York gemeldet wird, hat der Hilfsausschuß für Mitteleuropa, der die Ernährung der Kinder verbessern will, bei einer einzigen Wohltätigkeitsvorstellung in der Metropolitan-Oper eine Einnahme von über einer halben Million Dollar erzielt.

Japan.

Koreanische Revolutionäre erklären an Japan den Krieg.

London, 22. Dez. Wie die „Times" aus Tokio melden, haben die koreanischen Revolutionäre an Japan den Krieg erklärt. Eine vorläufige Regierung dieser Revolutionäre hat sich in Schanghai gebildet.

*

Deutschland.

Deutschnationale Selbsterkenntnis.

Graf Westarp, dem auch seine Gegner zuerkennen, daß er trotz seines Parteisanatismus ein politischer Kopf ist, beschäftigt sich in der „Kreuzzeitung" mit der Frage der Opposition, die so zurzeit im Reichstag aus zwei sich sehr widersprechenden Teilen besteht, aus den Deutschnationalen und der äußersten Linken. Graf Westarp kommt zu dem Schluß, daß wegen des Gegensatzes der Oppositionsparteien in sich, der größer sei, als der zwischen Regierung und Opposition, eine Besetzigung der jetzigen Regierung unhaltbare Zustände schaffen müsse. Hiermit hört aber leider die Selbsterkenntnis des Grafen Westarp auf. Statt einzusehen, daß die Deutschnationalen ihre Opposition auf ganz andere Grundlagen stellen müssen oder aber den dem Grafen Westarp gewiß nicht sympathischen Radauflügel abstoßen sollten, so hat die Partei gegebenenfalls doch irgendwie nach einem Wahlsiege die Regierung übernehmen kann, sieht er alles Heil in der Rückkehr zum alten Obrigkeitsstaat. Ist das wirklich praktische Politik?

Reaktionäre Einheitsfront.

Nach der Revolution, als konservatio sein nicht gerade populär war und namentlich der Bund der Landwirte an den Folgen seiner verderblichen Politik zu leiden hatte, verkrochen sich die Abgeordneten in aller Hand Vereinen mit neuen Namen. Jetzt, nachdem der Unverstand weiter Wählerkreise die Folgen des Krieges nicht diesem, sondern der Demokratie aufbürdet, kommt die Reaktion aus ihren Mauselöchern wieder hervor. Der „Landbund" ist schon vielerorts mit fliegenden Fahnen zum Bund der Landwirte übergegangen. In Braunschweig macht man es umgekehrt. Dort haben sich „Niedersächsischer Landbund", Verband Braunschweigischer Landwirte und Bund der Landwirte aufgelöst und einen Braunschweigischen Landbund gegründet. Der Name tut natürlich nichts zur Sache, der Inhalt bleibt derselbe. Die neue Organisation will „der Selbsthilfe und der wirtschaftlichen Erneuerung dienen". Wenn das wirklich ernst gemeint ist, was wir uns allerdings zu bezweifeln erlauben, so wäre das ein erfreulicher Umschwung, bisher scheint der Bund der Landwirte immer nach Staatshilfe und wirtschaftlicher Rückbildung.

Der Ausschuß für Beamtenangelegenheiten,

der auf Antrag der Demokraten, denen sich nachher die anderen Fraktionen anschlossen, begründet worden ist, hat sich jetzt konstituiert. Von den 21 Mitgliedern sind 2 Demokraten, nämlich Delius und Dr. Fick. Dr. Fick ist nicht Beamter. Das erfreuliche daraus, daß grundsätzlich auch eine Reihe Nichtbeamter in den Ausschuß eintreten sollen, um den Zusammenhang der Beamtenangelegenheiten mit der Allgemeinheit zu wahren.

Provinz und Nachbarländer.

h. **Bitterfeld**, 22. Dez. Am Sonnabend mittag wurde der Kassierer der Chem. Fabrik Griesheim Elektron-Aluminiumwerk, als er mit den Lohngeldern die Büroräume durch die Haustür verlassen wollte, von zwei Männern unter Vorhalten einer Armeepistole überfallen und der Kassette mit den Geldern (etwa 1400 ℳ) beraubt. Die Täter sind auf der Straße nach Halle entkommen.

h. **Schlbau**, 22. Dez. Im nahen Probsthain drangen nachts beim Landwirt E. Wiebler vier maskierte Männer ein. Sie packten, während der Besitzer schlief, sämtliche Wäsche und sonstigen wertvollen Gegenstände ein. Darauf weckten sie den Besitzer, zwangen ihn unter Vorhaltung des Revolvers zur Herausgabe des Geldes und entkamen unerkannt.

h. **Staßfurt**, 22. Dez. Ein Steuerpflichtiger hatte in den Vermögenserklärungen zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotopfer 100 000 ℳ verschwiegen. Das Finanzamt erklärte darauf diese 100 000 ℳ als hinterzogen und verfiel auf die Idee, außerdem gegen den Steuerpflichtigen eine Geldstrafe von 148 000 ℳ zu verhängen.

† **Saalfeld**, 22. Dez. Eine tragikomische Rasierszene hat sich in einem hiesigen Friseurgeschäft abgespielt. Dort erschien ein auswärtiger Herr, Besitzer eines Kaffeehauses in Aachen, um sich rasieren zu lassen. Während des Einseifens erzählte er, daß er nach Saalfeld gereist sei, weil hierher die Spur eines Mannes führte, der ihn um 15 000 ℳ geschädigt habe. Er müsse unter seinen Umständen von hier weggehen, bevor er nicht sein Geld wieder habe. Noch während des Rasierens trat ein seiner Herr in den nämlichen Rasiersalon, und ehe dieser sich versah, war der Kaffeehausbesitzer, nur zur Hälfte rasiert, schon aufgesprungen und packte den Eingetretenen mit den Worten: „Jetzt habe ich dich, du Lump!" bei der Gurgel, ließ auch nicht von ihm los und ging, halbrasiert, mit ihm aus dem Laden. Nach Verlauf einer halben Stunde kam der Halbrasierte freudestrahlend wieder, erzählte, daß er jetzt sein schon verloren geglaubtes Geld wieder in der Tasche habe und — ließ sich nun die andere Gesichtshälfte rasieren.

*

Verbot von Schlachtfesten im Kreise Delitzsch.

Im Kreise Delitzsch sind die Veranstaltungen von Schlachtfesten im Gast- und Schankwirtschaften sowie gewerbsmäßigen Hausschlachtungen, daß sind solche, die zwecks Weiterverkaufs an Fleisch und Wurst erfolgen, verboten.

*

Wetterschäden.

Eisenach, 22. Dez. Im nordwestlichen Teile des Thüringer Waldes und im Rhönegebirge ist erneut starke Raubreif eingetreten, durch den in den Forsten durch Bruch vieler Bäume unberechenbarer Schaden verursacht wurde. Im Fernsprechverkehr und Telegraphenverkehr nach den südlichen (Bayern) und westlichen (Frankfurt) Richtungen sind durch Zerreißen der vereisten Leitungen große Störungen eingetreten. An zahlreichen Stellen sind die Leitungsmasten auf größere Strecken umgerissen. Auch die Leitungen der elektrischen Überlandzentralen sind vielfach zerrissen. In einzelnen Gegenden haben die Orte ganz unregelmäßig Licht.

*

Störungen im Bahnverkehr.

Probstzella, 22. Dez. Bei Förtschendorf entgleisten am Donnerstag vormittag mehrere Wagen eines Güterzuges, so daß beide Gleise gesperrt waren. Die Folge war, daß der vormittags in Richtung Probstzella verkehrende Personenzug gar nicht eintraf und alle übrigen Züge große Verspätungen erlitten. Auch auf der Strecke Lauenstein-Ludwigsstadt gab es unerwünschten Aufenthalt, da ein Güterzug abgerissen war und in Teilen nach Ludwigsstadt verbracht werden mußte. Ferner sprangen auf Bahnhof Ludwigsstadt von Lobetsener Zuge einige Wagen aus dem Gleise, was wieder Verspätung zur Folge hatte. Auch die starken Schneemassen, die in den letzten Tagen gefallen sind, bereiten dem Verkehr ernste Schwierigkeiten. Nur mit dem Aufgebote riesiger Schipperkolonnen kann die Bahnstrecke Saalfeld—Kronach mit ihren Nebenlinien freigehalten werden.

Merseburg und Umgegend.

22. Dezember.

** **Winters Anfang.** Am Mittwoch den 22. Dezember, um 4 Uhr früh trat die Sonne aus dem Zeichen des Schützen in das des Steinbocks. Wir haben den kürzesten Tag und die längste Nacht und den Beginn des kalendarischen Winters. Der Herbst legte heute mittag offiziell seine Herrschaft nieder, und der Winter trat in seine Rechte. Es ist der astronomische Beginn des Winters. Daß in dieser Jahreszeit eine bedeutend niedrigere Temperatur herrscht als im Sommer, hat seinen Grund darin, daß die Sonnenstrahlen im Winter viel schräger auf die Erde fallen. Tatsächlich ist aber die Sonne im Winter der Erde näher als im Sommer. Vom astronomischen unterscheidet man den meteorologischen Winter, den man auf unserer nördlichen Halbkugel vom 1. Dezember bis zum 1. März und auf der südlichen Halbkugel vom 1. Juni bis zum 1. September rechnet. Der Januar gilt als der kälteste der Wintermonate. Der Winter soll für die Jugend zahlreiche Freuden bringen, auch für die Erwachsenen; dem Familienvater aber beschert er Sorgen; denn die Wirtschaft erfordert mehr Aufwand als im Sommer. Nun warten wir ab, was der Winter uns in seiner Regierungszeit bringen wird, hoffentlich keine unliebsamen Überraschungen.

** **Die Städtische Pfandleihanstalt** bleibt laut Bekanntmachung der Feiertage wegen am Sonnabend den 25. Dezember 1920 und Sonnabend den 1. Januar 1921 geschlossen. Der Geschäftsverkehr wird auf die beiden Freitage, den 24. bezw. 31. Dezember d. J., verlegt.

** **Die Ferien** haben heute an den Schulen ihren Anfang genommen und die lerndegierigen Geister können sich eine Anzahl Tage voll mit dem Weihnachtsbaume beschäftigen. Der Unterricht wird erst im neuen Jahre — am Mittwoch den 5. Januar — wieder aufgenommen werden.

** **Sofortige Erhöhung der Invalidenversicherung.** Vom Reichspostministerium war der Verkauf aller ab 1. August 1920 gültigen Versicherungsmarken am 18. Dezember eingestellt worden. Inzwischen sind die Postanstalten, nachdem der Reichstag beschlossen hat, daß die Beiträge zur Invalidenversicherung vom 20. Dezember ab zum doppelten Geldwert zu berechnen sind, angewiesen worden, die Versicherungsmarken zum doppelten Nennwert weiter zu verkaufen. Zusatzmarken werden wie bisher zum einfachen Nennwert abgegeben. Die Erhöhung des Verkaufspreises ist zur Aufbringung von Mitteln für Rentenempfänger notwendig.

** **Pacht- und Mietverträge abstempeln lassen.** Laut Bekanntmachung des Hauptzollamts Naumburg in unserer Zeitung müssen die während des Jahres 1920 in Geltung gewesenen stempelpflichtigen Pacht- und Mietverträge einschl. Nachtragsverträge, auch solche über mündliche Verträge, ob schriftlich oder mündlich abgeschlossen, bis zum Ende des Monats Januar 1921 versteuert werden.

** **Haussollekte für den Evangelisch-Sozialen Presbyterband.** Dem Evangelisch-Sozialen Presbyterband ist für die Monate Dezember 1920 und Januar/Februar 1921 durch das Oberpräsidium die Genehmigung erteilt worden, in Anerkennung der Wichtigkeit seiner Arbeit in der Provinz Sachsen eine Haussammlung für seine Zwecke zu veranstalten. Diese soll in der Zeit vom 6. bis 9. Januar, die am 9. Dezember einsetzende Frostperiode, die mit geringer Unterbrechung am 18. und 19. Dezember bis zum Montag nachmittag andauerte, hat ihr Ende erreicht. Die Herrschaft der östlichen und nordöstlichen Winde, die uns kontinentale kalte Luftmassen aus dem Innern Rußlands zuführten, ist vorüber. An ihre Stelle sind südliche bis südwestliche, dem Atlantischen Ozean entstammende Strömungen getreten. Wir erhalten also jetzt Zufuhr warmer Luft, denn der Atlantische Ozean ist um diese Jahreszeit der Wärmespender Mitteleuropas. Der Wettersumschlag wurde durch einen tiefen Luftwirbel hervorgerufen, der über England erschien und mit Barometerständen bis zu 725 Millimetern die irische Nordküste erreichte. Da der Wirbel unser Wetter noch einige Tage beeinflussen dürfte, so ist vorläufig die Macht des Winters gebrochen, der sprichwörtliche „Dreck" vor Weihnachten ist also da. Die Temperatur hat gegenüber der vor gleichen Zeit der Vorwoche einen starken Aufstieg des Quecksilbers um über 10 Grad bewirkt. Am Sonntag und Montag früh zeigte es noch 3 Grad Kälte an, am gestrigen und heutigen Morgen aber bewegte es sich über dem Nullpunkt, wenn auch nur in 1 bis 2 Graden. In der vergangenen Nacht trocknete eine ziemlich starke Windbewegung die gestern im größten Maisch strotzenden Straßen wieder einigermaßen auf, zur großen Freude in unserer Schuljugend. Den Tag über taute der petrovenne Schmutz wieder leicht auf.

** **Schwedische Erinnerungen auf deutschem Boden.** Um ergänzendes Material für eine populärhistorische Arbeit, betitelt: Schwedische Erinnerungen in Deutschland, zu sammeln, werden Mitteilungen über bisher noch wenig bekannte Erinnerungen aus der Schwedenzeit erbeten. Einsendungen wolle man an Abjunkt Otto Raab, Stöbde in Schweden, adressieren. Es kommen in Betracht: 1. Angaben von Literarischer, namentlich weniger bekannte Schriften lokalgeschichtlicher Art, belletristische und poetische Arbeiten. Texte von Festspielen, Sagen und historische Romane aus Zeitungen, Kalendern, Jugendschriften und dergl.; 2. im Volksmunde noch lebende Überlieferungen, z. B. Erzählungen, Lieder, sprichwörtliche Redensarten, volkstümliche Sitten und Gebräuche; 3. Mitteilungen über das Vorkommen von Abbildungen schwedischer Personen aus dem 30jährigen Kriege; 4. Nachrichten über historische Bauten, Denkmäler und Gegenstände, die verdienen, nicht in Vergessenheit zu geraten. Wir sehen in dem obigen noch einen Ausdruck der freundlichen Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn der Bitte von möglichst vielen Seiten entsprochen würde.

** **Steuerabzug für Aufwartungen, Scheuerfrauen usw.** Bei einem großen Teil des Publikums besteht die Ansicht, daß es bei vorübergehender Beschäftigung von Näherinnen, Scheuerfrauen, Aufwartungen oder anderen gegen Lohn angenommenen Personen nicht verpflichtet ist, einen zehnprozentigen Lohnabzug vorzunehmen. Diese Ansicht ist irrig. Es wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen jeder Arbeitgeber den mit 30 fähigen Steuerabzug vom Arbeitslohnes einzubehalten hat, am unserer Schuldnern Gen Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des von ihm auszuzahlenden Arbeitslohnes einzubehalten hat, am unserer Schuldnern Gen Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des von ihm auszuzahlenden Arbeitslohnes einzubehalten hat, am unserer dadurch, daß er bei Auszahlung des Arbeitslohnes die Steuerkarte abfordert und die fälligen Marken darin einklebt. Der einzubehaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden, in allen übrigen Fällen ist der einzubehaltende Betrag auf volle zehn Pfennig nach unten abzurunden. Wer hiergegen verstößt, macht sich der Steuerhinterziehung mitschuldig.

** **Freistellen für Kriegerwaisen.** In einem Erlaß an die Provinzialschulkollegien gibt der preußische Unterrichtsminister der Übersetzung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen es als eine Pflicht der Dankbarkeit gegen die Gefallenen ansehen werden, bei der Vergebung von Freistellen an höheren Lehranstalten unter sonst gleichen Verhältnissen die Kriegerwaisen vorzugsweise zu berücksichtigen. Die Schulleiter und Lehrer sind erneut angewiesen worden, sich der Kriegerwaisen besonders anzunehmen und den Begabten unter ihnen den Besuch einer höheren Lehranstalt in jeder Weise zu erleichtern.

** **An den hiesigen Volksschulen** hat sich in letzter Zeit manches verändert. In die Stelle des in den Ruhestand getretenen Lehrers Nürnberger ist Lehrer Guthier von Volksschule I eingerückt. Dessen freigewordene Klasse hat Lehrer Müller aus Eisleau Kreis Kulm übernommen. Lehrer Böchelt, schon seit 1. Oktober beurlaubt, erhält mit dem 1. Dezember nach fast 50jähriger Wirksamkeit als Lehrer ist seit 1872 im Amte und seit 1878 in Merseburg tätig) den Schuldienst, um ebenfalls in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Seine Stelle an Volksschule I verwaltet seit 1. Oktober Lehrer Hauffe. Endlich wurde erst vor wenigen Tagen bekannt, daß Rektor Hüttel seine Tätigkeit als Leiter von Volksschule II (Altenburg und Neumarkt) aufgibt, um das Amt als Kreisschulrat in Herzberg, zunächst kommissarisch, zu übernehmen. Es erscheint also nur, daß genannten Herren ist, so wird sein Scheiden aus seinem bisherigen Amte sowohl von den Lehrkörper seiner Schule als auch von Merseburgs Lehrerschaft lebhaft bedauert. Mit Rektor Hüttel sieht der Älteste unter den Lehrern an Volksschule II in seinen Abschiedsworten an den Scheidenden darauf hin, daß Rektor Hüttel sich während seiner fast 10jährigen Amtstätigkeit in Merseburg als aufrichtiger Freund des Kollegiums und eifriger Förderer der Schule und der Lehrerangelegenheiten gezeigt habe. Nur ungern wird die Volksschule II diesen Mann mit seiner hohen, aufrechten Gestalt, mit der kräftigen Sprache des Altmärkers und dem offenen, gewinnenden Wesen vermissen. Möge ihm sein neues Amt recht viel Freude bereiten!

** **Abschiedsfeier.** Mittwoch vormittag fand in der Volksschule I die Abschiedsfeier für den aus dem Amte scheidenden Lehrer Böchelt statt. Hierzu hatten sich Stadtrat Kohl als Vertreter der Stadt, Kreisschulrat Minck, das gesamte Lehrerkollegium und die oberen Klassen der Volksschule zu einer erhebenden Feier versammelt. Rektor Röth gedachte in warmen und anerkennenden Worten der segensreichen Tätigkeit des scheidenden Lehrers, der 48 Jahre Lehrer gewesen sei, davon allein 47 Jahre im Dienste der Stadt. Unvergeßlich werden seine Verdienste bleiben und Lehrerkollegium und Schülerinnen dem treuen Volkserzieher ein bleibendes Andenken bewahren. Kreisschulrat Minck überbrachte den Dank der Schulaufsichtsbehörde und Stadtrat Kohl ehrte Lehrer Böchelt im Auftrage der Stadtverwaltung durch herzliche Dankesworte. Gedichtvorträge und Chorgesänge der Schulkinder umrahmten die schlichte Abschiedsfeier, für die Lehrer Böchelt in bewegten Worten seinen Dank aussprach.

Bismarcks 3. Band: Gedanken und Erinnerungen.

Während sich noch in Deutschland die Gerichte mit der Frage beschäftigen, ob Bismarcks 3. Band der „Gedanken und Erinnerungen" überhaupt bei Lebzeiten des in Holland weilenden Ex-Kaisers veröffentlicht werden darf, ist das Ausland seltsamerweise wieder einmal in der Lage, mit der Veröffentlichung zu beginnen.

Der Berliner Ullstein-Verlag veröffentlicht eine Meldung des United Telegraph aus Rom, wonach die italienische Zeitung „Il Tempo" mit ausführlichen Veröffentlichungen aus dem durch Gerichtsbeschluß in Deutschland am Erscheinen verhinderten dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" beginnt. Gleichzeitig erscheinen Hauptauszüchnitte aus dem Werke in verschiedenen anderen ausländischen Zeitungen. Ob diese Veröffentlichungen das authentische Material darstellen, oder ob es durch Weglassung oder Einschaltungen verändert worden ist, läßt sich natürlich nicht nachprüfen. Jedenfalls liegt aber nach der Fassung der Überlegungen, die der Zeitung „Il Tempo" entnommen sind, doch es sich bereits während des Rasierens trat ein seiner Herr in den nämlichen Rasiersalon, und ehe dieser sich versah, war der Kaffeehausbesitzer, nur zur Hälfte rasiert, schon aufgesprungen und packte den Eingetretenen mit den Worten: „Jetzt habe ich dich, du Lump!" bei der Gurgel, ließ auch nicht von ihm los und ging, halbrasiert, mit ihm aus dem Laden. Nach Verlauf einer halben Stunde kam der Halbrasierte freudestrahlend wieder, erzählte, daß er jetzt sein schon verloren geglaubtes Geld wieder in der Tasche habe und — ließ sich nun die andere Gesichtshälfte rasieren.

*

Verbot von Schlachtfesten im Kreise Delitzsch.

Im Kreise Delitzsch sind die Veranstaltungen von Schlachtfesten im Gast- und Schankwirtschaften sowie gewerbsmäßigen Hausschlachtungen, daß sind solche, die zwecks Weiterverkaufs an Fleisch und Wurst erfolgen, verboten.

*

Wetterschäden.

Eisenach, 22. Dez. Im nordwestlichen Teile des Thüringer Waldes und im Rhönegebirge ist erneut starke Raubreif eingetreten, durch den in den Forsten durch Bruch vieler Bäume unberechenbarer Schaden verursacht wurde. Im Fernsprechverkehr und Telegraphenverkehr nach den südlichen (Bayern) und westlichen (Frankfurt) Richtungen sind durch Zerreißen der vereisten Leitungen große Störungen eingetreten. An zahlreichen Stellen sind die Leitungsmasten auf größere Strecken umgerissen. Auch die Leitungen der elektrischen Überlandzentralen sind vielfach zerrissen. In einzelnen Gegenden haben die Orte ganz unregelmäßig Licht.

*

Störungen im Bahnverkehr.

Probstzella, 22. Dez. Bei Förtschendorf entgleisten am Donnerstag vormittag mehrere Wagen eines Güterzuges, so daß beide Gleise gesperrt waren. Die Folge war, daß der vormittags in Richtung Probstzella verkehrende Personenzug gar nicht eintraf und alle übrigen Züge große Verspätungen erlitten. Auch auf der Strecke Lauenstein-Ludwigsstadt gab es unerwünschten Aufenthalt, da ein Güterzug abgerissen war und in Teilen nach Ludwigsstadt verbracht werden mußte. Ferner sprangen auf Bahnhof Ludwigsstadt von Lobetsener Zuge einige Wagen aus dem Gleise, was wieder Verspätung zur Folge hatte. Auch die starken Schneemassen, die in den letzten Tagen gefallen sind, bereiten dem Verkehr ernste Schwierigkeiten. Nur mit dem Aufgebote riesiger Schipperkolonnen kann die Bahnstrecke Saalfeld—Kronach mit ihren Nebenlinien freigehalten werden.

Merseburg und Umgegend.

22. Dezember.

** **Winters Anfang.** Am Mittwoch den 22. Dezember, um 4 Uhr früh trat die Sonne aus dem Zeichen des Schützen in das des Steinbocks. Wir haben den kürzesten Tag und die längste Nacht und den Beginn des kalendarischen Winters. Der Herbst legte heute mittag offiziell seine Herrschaft nieder, und der Winter trat in seine Rechte. Es ist der astronomische Beginn des Winters. Daß in dieser Jahreszeit eine bedeutend niedrigere Temperatur herrscht als im Sommer, hat seinen Grund darin, daß die Sonnenstrahlen im Winter viel schräger auf die Erde fallen. Tatsächlich ist aber die Sonne im Winter der Erde näher als im Sommer. Vom astronomischen unterscheidet man den meteorologischen Winter, den man auf unserer nördlichen Halbkugel vom 1. Dezember bis zum 1. März und auf der südlichen Halbkugel vom 1. Juni bis zum 1. September rechnet. Der Januar gilt als der kälteste der Wintermonate. Der Winter soll für die Jugend zahlreiche Freuden bringen, auch für die Erwachsenen; dem Familienvater aber beschert er Sorgen; denn die Wirtschaft erfordert mehr Aufwand als im Sommer. Nun warten wir ab, was der Winter uns in seiner Regierungszeit bringen wird, hoffentlich keine unliebsamen Überraschungen.

** **Die Städtische Pfandleihanstalt** bleibt laut Bekanntmachung der Feiertage wegen am Sonnabend den 25. Dezember 1920 und Sonnabend den 1. Januar 1921 geschlossen. Der Geschäftsverkehr wird auf die beiden Freitage, den 24. bezw. 31. Dezember d. J., verlegt.

** **Die Ferien** haben heute an den Schulen ihren Anfang genommen und die lerndegierigen Geister können sich eine Anzahl Tage voll mit dem Weihnachtsbaume beschäftigen. Der Unterricht wird erst im neuen Jahre — am Mittwoch den 5. Januar — wieder aufgenommen werden.

** **Sofortige Erhöhung der Invalidenversicherung.** Vom Reichspostministerium war der Verkauf aller ab 1. August 1920 gültigen Versicherungsmarken am 18. Dezember eingestellt worden. Inzwischen sind die Postanstalten, nachdem der Reichstag beschlossen hat, daß die Beiträge zur Invalidenversicherung vom 20. Dezember ab zum doppelten Geldwert zu berechnen sind, angewiesen worden, die Versicherungsmarken zum doppelten Nennwert weiter zu verkaufen. Zusatzmarken werden wie bisher zum einfachen Nennwert abgegeben. Die Erhöhung des Verkaufspreises ist zur Aufbringung von Mitteln für Rentenempfänger notwendig.

** **Pacht- und Mietverträge abstempeln lassen.** Laut Bekanntmachung des Hauptzollamts Naumburg in unserer Zeitung müssen die während des Jahres 1920 in Geltung gewesenen stempelpflichtigen Pacht- und Mietverträge einschl. Nachtragsverträge, auch solche über mündliche Verträge, ob schriftlich oder mündlich abgeschlossen, bis zum Ende des Monats Januar 1921 versteuert werden.

** **Haussollekte für den Evangelisch-Sozialen Presbyterband.** Dem Evangelisch-Sozialen Presbyterband ist für die Monate Dezember 1920 und Januar/Februar 1921 durch das Oberpräsidium die Genehmigung erteilt worden, in Anerkennung der Wichtigkeit seiner Arbeit in der Provinz Sachsen eine Haussammlung für seine Zwecke zu veranstalten. Diese soll in der Zeit vom 6. bis 9. Januar, die am 9. Dezember einsetzende Frostperiode, die mit geringer Unterbrechung am 18. und 19. Dezember bis zum Montag nachmittag andauerte, hat ihr Ende erreicht. Die

---

sämtliche Vertretungen Preußens im Reiche zu schicken, damit er sofort bei der Thronbesteigung überall bekannt werde. Bismarck erwidert darauf: „Dach ich Eure Königliche Hoheit ergebenst bitten, den mir gütigst übersandten Entwurf unverzüglich den Flammen zu übergeben?" Es folgt das Kapitel

„der Kronrat",

in dem die sozialen Gedanken des nun zur Macht gelangten Kaisers den Gegenstand zu Bismarcks Anschauungen vertiefen. In diesen Auseinandersetzungen bleibt Bismarck bei der Ansicht, man müsse die murrenden Arbeiter zu Scharen treiben, während der Kaiser von einer Vertröhnung der Klassen träumt, die er durch Schutzgesetze für die Arbeiter rasch und ideal erzwingen will. Bismarck gab nach, und der Arbeiterschutz drang durch. Die Spannungen wuchsen. Der Einfluß Boettichers auf den Kaiser nimmt zu. Zum ersten Male wird von Bismarck der Gedanke ventiliert, ob er nicht freiwillig gehen soll. Der entscheidende Augenblick naht heran. Es ist im Januar und Februar 1890, einige Wochen vor der Entlassung, als Bismarck in einem neuen Konflikt mit seinem Herrn in einer Szene im Berliner Schlosse, die er anschaulich schildert, plötzlich die direkte Frage hört: „Es scheint, ich bin Eurer Majestät im Wege?" und er fährt fort: „Der Kaiser schwieg, bejahte also". Jetzt schlägt die Stimmung des Kanzlers um. Das Kapitel

„Meine Entlassung"

setzt einen Mann, der nach allem, was er geleistet hat, nicht still weggehen will. Bei mehreren Situationen, denen der Kaiser präsidiert, nimmt das gesamte Kabinett, teils durch die Abstimmung, teils durch Schweigen, gegen den Kanzler für den Kaiser Partei, und als Bismarck nachher fragt: Warum? erwidert ihm einer: „Es muß etwas geschehen, was ihm gefällt." Bismarck knüpft daran die boshafte Bemerkung, er freue sich, die Macht des Königs in Preußen, so stark gefestigt zu finden, die 1862 fast so eintrat so sehr erschüttert war. Schließlich, Mitte März, wird der Kaiser immer dringender und nimmt den bekannten letzten Besuch Windthorsts, des Zentrumsführers, bei Bismarck zum Anlaß einer entscheidenden Szene. Er sagt sich auf 9 Uhr morgens beim Kanzler an, doch so, daß der alte schlafose Fürst erst um 10 Uhr davon benachrichtigt wird. Als dieses Bismarck hinter einer höfischen Floskel den Kaiser müssen läßt, sagt dieser kurz, der Brief sei schon gestern nachmittag abgegangen. Darauf tadelt er scharf Windthorsts Empfang durch den Fürsten. Dieser nimmt das Recht für sich in Anbruch, in seinem Hause Politiker von Distinktion empfangen zu dürfen. Der Kaiser erwidert: „Auch dann, wenn ich es Ihnen als Ihr Souverän verbiete?" Bismarck beiabt. Der Kaiser kommt auf den neuen Reichstag, auf die Sozialgesetzgebung und andere Punkte zu sprechen, schließlich auf seinen Lieblingswunsch, seinen Besuch beim Zaren von Rußland bald zu wiederholen. Bismarck zieht gelassen aus seiner Mappe ein Aktenstück hervor, und mit dem Blick darauf warnt er den Kaiser vor einem neuen Besuche; denn erst vor einigen Tagen sei ein Bericht des deutschen Botschafters in London, des Fürsten Hatzfeld, eingetroffen, der recht üble abfällige Urteile des Zaren über den Kaiser verzeichnete, die ihm glaubwürdig übermittelt seien. Der Kaiser fragt nach den Einzelheiten. Bismarck weicht aus. Der Kaiser befiehlt, ihm den Bericht vorzulegen. Bismarck lehnt ab, so peinliche Dinge ihm selbst zu übermitteln, doch hält er sich immer den Bericht offen in den Händen. Der Kaiser, jugendlich neugierig, greift nach dem Bericht, nimmt ihn dem Kanzler aus der Hand und liest ihn selbst. Er wird blaß, unruhig, denn „es standen wirklich recht üble Dinge über ihn darin". Der Kaiser bricht das Gespräch ab „und reichte mir gegen seine Gewohnheit nur ganz oberflächlich die Hand, in der er den Helm hielt". Der Kaiser erhält nach Bismarcks Meinung irgendeiner Aufregung den Bericht trotz eines in Rußland tätigen deutschen Konsuls, der eine drohende Mobilisation Rußlands voraussuwissen glaubt. Der Kaiser, durch jene Szene und die Beleidigungen des Zaren plötzlich gegen Rußland ergrimmt, glaubt jedes Wort dieses zufälligen Dokuments, das in keinem Aktenstück des Auswärtigen Amtes eine Bestätigung findet, und schreibt erregt ein im Tone

beleidigendes Billett an den Kanzler,

warum man ihm so hochwichtige Nachrichten vorenthalte. Er sehe aus jenem Bericht des Konsuls eine drohende Gefahr für das Reich aufsteigen und müsse unverzügliche Gegenmaßregeln treffen. Bismarck der seit Jahren in russlandfreundliche Politik getrieben hat, hinter den ohnedies wütenden Herrn durch seinen Vortrag noch mehr in Wut. Hierzu tritt der bekannte Streit über die Frage, ob die Minister direkt oder nur auf dem Umwege über den Ministerpräsidenten mit dem Kaiser amtlich verkehren dürften. Bismarck versteift sich auf eine 40 Jahre alte Verordnung; der Kaiser will mit seinen Ministern einzeln und formlos verhandeln, der Kanzler fordert den Weg der Anfrage, damit nicht sechs Meinungen den Herrn beeinflussen, sondern eine, nämlich seine.

Es folgen die bekannten Intrigen Boettichers und seiner Leute. Bismarck, immer bestrebt, „sich herauszuretzen zu lassen", gibt sich noch einen Augenblick den Anschein, als wollte er den Posten des preußischen Ministerpräsidenten aufgeben und nur noch einige Monate Reichskanzler spielen.

So erreicht er, was er will: Die Geduld des ungeduldigen Kaisers reißt entzwei. Er fordert die Aufhebung jener alten Verordnung, Bismarck weigert sich, stellt seinen Abschied zur Verfügung. An demselben Mittage schickt der Kaiser den Chef des Zivilkabinetts, um das angebotene Entlassungsgesuch holen zu lassen. Bismarck entwirft es langsam und sehr bedächtig. Der Kaiser schickt seinen Adjutanten mit der Order: „Er erwarte das Schriftstück bis 2 Uhr mittags." Bismarck antwortet: „Ich bin jederzeit bereit, meinen schlichten Abschied sofort zu unterbreiten." Zu einem Abschiede, der seiner historischen Stellung entspreche, brauche er Zeit. (Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0002

** **Schimpfende Leute.** Wer in diesen Tagen vier zum Rathaus kam, der mußte sich daß wundern über die vielen schimpfenden Leute, die dort ein- und ausmanderten. Und warum? Ja, weil sie hier Moos für die außerordentlich verspäteten Steuernachforderungen auf Nofagetteln abladen mußten, mit denen man uns so lieb zur Weihnachtszeit beglückt hatte. Was wird das erst für eine Gebuldsprobe werden, wenn im nächsten Jahre die Steuernachforderungen für die steuerlose Zeit in diesem Jahre kommen. Schon heute möge sich ein jeder mit dieser Überraschung vertraut machen.

** **Der Gabelsberger Stenographenverein** hatte seine Mitglieder und Gäste gestern abend zu einer Weihnachtsfeier in den „Reichskanzler" geladen und konnte auf stattlichen Besuch sehen. Eine reiche Programmfolge wickelte sich harmonisch ab, besonders die musikalischen Vorträge von Frl. Demme und den Mitgliedern Braun und Nößner verdienen für ihre fesselnde Wiedergabe ein Lob. Gedichtvorträge und Kindergesang waren auf den Weihnachtston gestimmt und brachten im Verein mit dem schöngeschmückten Christbaum die fröhliche Weihnachtsstimmung auf. In einer kurzen Ansprache wies der Vorsitzende, Landesbersicherungsinspektor Demme auf die tiefere Bedeutung des Festes hin. Gegenüber dem Materialismus und Mammonismus gelte es, den Idealismus zu pflegen, den göttlichen Funken zu wecken, der in jeder Menschenbrust ruht. Dazu gehört die Betätigung und Vertiefung in der Kunst. Auch Gabelsbergers Werk ist Kunst in wahrstem Sinne des Wortes. Wer sich in sein Werk vertieft, kommt in das Kunstwerk der deutschen Sprache ein. Aber nicht nur das Werk Gabelsbergers, sondern auch der Mensch Gabelsberger kann allen ein leuchtendes Vorbild zum Streben nach Höherem sein. Wenn die Menschen die eigene Selbstsucht bekämpfen, erst dann wird wirklicher Friede auf Erden sein. — Zum Schluß des gemütlichen Abends erfolgte die mit Spannung erwartete Bescheidung, die jedem Freude machte und lauten Jubel auslöste.

** **In dem Bericht** von der Ringkampfkonkurrenz Merseburg-Leuna in der Funkenburg ist, wie man uns mitteilt, ein kleines Versehen unterlaufen. Irrtümlicherweise ist der Ringer-Verein Leuna als Mitwirkender benannt worden. In Wirklichkeit waren es Mitglieder des Merseburger Ringer-Vereins „Almrausch".

** **Zu dem Berichte über die Stadtverordnetensammlung der Gemeinde** St. Viti werden wir gebeten, zu berichtigen, daß es bei der Liste der Gemeindevertreter heißen muß: 24. Weber, Amtsgehilfe (nicht Unterassistent).

** **Theater im Tivoli.** Direktor Dechant veranstaltet am ersten Weihnachtsfeiertag im Tivoli, der Stätte seines langjährigen erfolgreichen Wirkens, eine Operettenvorstellung und wird jedenfalls seinem Theaterpublikum eine unerwartete Weihnachtsüberraschung bereiten. Zur Aufführung gelangt die erfolgreiche Novität „O schöne Jugendzeit", Operette aus der Biedermeierzeit in drei Akten von Walther Gericke. Das Werk verfügt über eine liebenswürdige, von Poesie umwobene und mit sonnigem Humor durchstrahlte Handlung, welche durch reizende Gesangsnummern verschönt wird. Der Kartenvorverkauf ist im Anzeigenteil dieser Zeitung bekanntgegeben und wird besonders auf die Vorstellung hingewiesen.

** **Der dramatische Verein „Freie Volksbühne"** veranstaltet am ersten Weihnachtsfeiertag in der Funkenburg einen Theaterabend und bringt zur Aufführung „Preciosa" Schauspiel mit Gesang in vier Akten und einer Verwandlung. Die Musik ist von dem bekannten Komponisten Karl Maria v. Weber geschrieben. Der Verein hat keine Kosten gescheut, dieses Stück zur einer guten Aufführung zu bringen. Schon die Musik von Weber ist ein Genuß. Darum ist ein Besuch nur zu empfehlen. Siehe Anzeige in der heutigen Zeitung.

*

Ortsklasseneinteilung betreffend.

Die infolge der in diesen Beamtenfamilien bestehenden Notlage herrschende Erregung wird immer von neuem geschürt, durch die Ausstreuung unsinniger Gerüchte. Manchen Leuten scheint das ein besonderes Vergnügen zu bereiten. Bedauerlich, daß ein großer Teil der Beamten sofort darauf hereinfällt. In den letzten Tagen ist der demokratische Abgeordnete Delius vorübergehend um Auskunft ersucht worden. Er konnte nur immer wieder mitteilen, daß auf Grund einer Rücksprache im Ministerium er festgestellt habe, daß Änderungen bei der vorläufigen Ortsklassenregelung nicht eingetreten seien. Dem Herrn ersuchen wir von Herrn Abg. Delius, daß der Regierungsrat in seiner Sitzung am 21. Dezember Beschlüsse über die provisorische Aufstellung der Ortsklassen für die Gehälter der 10 000 Einwohner fassen sollte. Auf Grund des Besoldungsgesetzes von 1909 ist die Regierung ermächtigt, bis zur Neuregelung andere Eingliederungen zu vollziehen. Davon wird sie Gebrauch machen. Die endgültige Regelung erfolgt selbstverständlich durch das Gesetz. Das bedeutet aber nicht, daß durch die Annahme des Antrags Allekotte-Delius die Zahlung des infolge der anderweiten Einstufung sich aus der Höherstufung ergebenden Betrags, sofort nach der Annahme durch den Reichsrat erfolgt. Anweisungen sind bereits erteilt worden. Für die Beamten der höher eingereihten Orte besteht der Anspruch auf die Nachzahlung seit 1. April 1920. Die Ermittelungen für die Orte unter 10 000 sind noch nicht abgeschlossen. Es ist also ebenso unzutreffend, wenn angenommen wird, daß hier keinerlei Änderungen stattfinden. Herr Abg. Delius, der bekanntlich Vorsitzender des Ausschusses ist, vertritt den Standpunkt, daß man die Einstufung der kleineren Orte am zweckmäßigsten nach Wirtschaftseinheiten vornimmt. Obgleich auch dieses Verfahren, wie jedes andere seine nicht wegzuleugnenden Mängel hat, wirkt es doch insofern ausgleichend, als ganze Industriegegenden gleichmäßiger behandelt und damit fortgesetzte Berufungen der Beamten, namentlich der Vor- und Nachbarorte der Groß- und Industriestädte nach Möglichkeit ausgeschaltet werden, — Das Gesetz wird nach Neujahr voraussichtlich dem Reichstag zugehen.

*

Wahlen zum Gewerbegericht der Stadt Merseburg.

Wie schon im Amtsblatt dieser Zeitung bekannt gegeben wurde, finden die Wahlen der Beisitzer für das Gewerbegericht der Stadt Merseburg am Donnerstag den 10. Februar 1921 von nachmittags 12¼ bis 6¼ Uhr im Stadtverordnetensitzungssaale des alten Rathauses, Burgstraße 1, statt. Zu wählen sind 7 Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber und 7 Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitnehmer. Wählbar sind nur männliche Personen, die das dreißigste Lebensjahr vollendet haben und nicht unfähig sind, das Amt eines Schöffen zu bekleiden. (Gerichtsverfassungsgesetz §§ 31, 32.) Die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber werden durch die Arbeitgeber, die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitnehmer von den Arbeitnehmern auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt, wer das 20. Lebensjahr vollendet und in der Stadt Merseburg Wohnung oder Beschäftigung hat und nicht zum Amt eines Schöffen unfähig ist. Auch weibliche Personen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt. Da nur diejenigen Personen zur Wahl zugelassen werden, die in die Wählerlisten eingetragen sind, seien alle Wahlberechtigten daran erinnert, bis zum 4. Januar 1921 ihre Eintragung in die Wählerlisten im hiesigen Gewerbebüro, Rathaus, Zimmer 15, Werktags in den Vormittagsstunden von 8—12 zu beantragen.

Die Arbeitnehmer haben hierbei eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers oder der Polizeiverwaltung vorzulegen, durch welche bestätigt wird, daß der Betreffende in Merseburg in Arbeit steht oder wohnt.

Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Es besteht nur ein Wahlbezirk. Gleichzeitig sind die Wahlvorschlagslisten bis spätestens 20. Januar 1920 einzureichen. Sie sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesondert aufzustellen und dürfen höchstens sieben Namen enthalten.

Sie müssen unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters von mindestens 10 Wählern des betreffenden Wahlkörpers zustimmend unterzeichnet sein.

*

Deutsche demokratische Partei.

Außerordentlicher Kreisparteitag.

Am 4. Januar 1921, vormittags 10¼ Uhr, findet im Gasthof „Zur grünen Linde" in Merseburg ein außerordentlicher Kreisparteitag statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem Aufstellung der Kandidaten zum Provinziallandtag und Kreistag. Die Parteifreunde auf dem Lande werden gebeten, sich schon jetzt über die Kandidaten klar zu werden, da die Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag mit den Landtagswahlen am 20. Februar stattfinden.

Siedlungsgesetz. In der Geschäftsstelle der D. d. P. in Merseburg, Kleine Ritterstraße 3, können Bestellungen auf das Siedlungsgesetz, herausgegeben von Ponikl-Glaß, angebracht werden. Das Büchlein, welches mit Erläuterungen ein sehr brauchbares Nachschlagewerk für die Interessenten ist, kostet 11,50 ℳ. Um Unkosten zu sparen, müßten die Bestellungen Ende dieses Monats eingereicht werden.

§ **Frankleben 22. Dez. Die Ortsgruppe Frankleben im Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen** veranstaltete am Sonntag eine Weihnachtsfeier im Siebeckschen Gasthaus. Eingeleitet wurde die Feier durch eine kurze Ansprache des ersten Vorsitzenden Herrn Schmidt, in der er betonte, daß es nur mit Hilfe der Gemeinde sowie einiger edler Spender gelungen sei, den Hinterbliebenen sowie den Kindern eine Weihnachtsfeier bereiten zu können. Den Spendern danke er für die reich zugeflossenen Gaben. Die Gemeinde bewilligte hierzu eine Summe von 200 ℳ. Hierauf wurden einige Gedichte von Kindern vorgetragen und der Vorsitzende der Hinterbliebenengruppe sprach einen Prolog. Nach einem sehr gut gelungenen Einakter, aufgeführt von den Kindern, fand die Bescherung statt. Die hierzu aufgebaute Tafel mit Spielsachen, nützlichen Artikeln und einem recht appetitlichen Stollen, bot dem Zuschauer einen erfreulichen Anblick. Beim Lichterschein des Weihnachtsbaumes wurde das Lied „Stille Nacht" gesungen. Die Hinterbliebenen sowie die Kinder fanden wurden ganz besonders bedacht mit Geldspenden und Sparkassenbüchern. Dankbar und freudestrahlend wurde nach Empfang der Geschenke von der gesamten Kinderschar ein Reigen aufgeführt. Um ½7 Uhr fand ein Familienkränzchen statt, welches einen harmonischen Verlauf nahm. W.

s. **Wallendorf, 22. Dez.** Wie alljährlich, so veranstaltete auch in diesen Tagen zur Weihnachtszeit der Jungmädchenverein Wallendorf und Umgegend einen Familienabend auf der Bergschenke. Der Führer des Vereins, Lehrer Loeck, begrüßte die Gäste und führte sie in die rechte Stimmung ein, indem er einen Vierteljahrsabende aus vergangener Zeit schilderte. Nun folgten in munterm Wechsel mehrstimmige Volkslieder. Zu den Volkstänzen traten die Mädchen als Michel und Bäuerin auf. Da ergötzte man sich an „Hopp, hopp, hopp", an „Mutter des Schleife", „Hirtamask" und andern Tänzen. Schön wirkten die beiden Lieder „Wenn der Topp aber nu en Loch hat" und „Spinn, spinn, meine liebe Tochter", die handelnd dargestellt wurden. Besonders beachtenswert waren aber die beiden Theaterstücke „Der Vetter aus Bremen" von Th. Körner, und „Der fahrende Schüler im Paradies" von Hans Sachs. Der Verein ist mit seinen Darbietungen auf dem rechten Wege und seine Veranstaltungen finden Anerkennung. Der Saal war darum auch bis auf den letzten Platz gefüllt.

s. **Ermsleben, 22. Dez.** Am Sonntag war die alljährliche Weihnachtsfeier in der Kinderbewahranstalt. Leider konnte die Stifterin derselben, Frau Rittergutsbesitzer Apel, nicht die gewohnten Geschenke auf den Gabentisch legen. Früher bekam jedes Kind eine Stolle, ein Hemdchen oder Schürzchen und Spielsachen; das sind heute Seltenheiten, die denn doch zu sehr ins Geld laufen würden. Die Kinder bekamen Pfefferkuchen, ein Taschentuch, Spiel und Müße. Fräulein Ackermann, die Leiterin der Anstalt, hatte mit viel Mühe für jedes Kind aus Postkarten kleine Schaukelsterbchen und Liegen mit kleinen Püppchen angefertigt. Die Hauptsache für die Mutter war aber, ihre Kleinen handelnd bewundern zu können; ein Kind konnte schon erzählen, ein anderes einen kleinen Spruch oder ein Liedchen zu Gehör bringen. Bei der Gelegenheit bekamen einige alte Leute eine Weihnachtsgabe, bestehend in Lebensmitteln.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Mücheln, 22. Dez.** Tierarzt Steinmey, Stabsveterinär a. D. von hier, ist auf Grund einer Inaugural-Dissertation und eines mündlichen Befähigungsnachweises von der tierärztlichen Hochschule in Hannover die Doktorwürde verliehen worden.

‡ **Bebra, 22. Dez.** Für den Standesamtsbezirk Bebra ist der Amtssekretär Krone in Bebra zum 1. und der Lehrer Wilhelm Köster daselbst zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.

‡ **Lunstädt, 22. Dez.** Als ordentlicher Trichinenbeschauer für den Beschaubezirk Lunstädt wurde der Landwirt Paul Fuß in Lunstädt und als ordentlicher Beschauer für den Beschaubezirk Nahlendorf der Landwirt Alfred Glocke in Nahlendorf bestellt. Vertretung erfolgt gegenseitig.

‡ **Querfurt, 22. Dez.** Der Witwe J. von hier wurden seit kurzer Zeit 10 Zentner Kohlen und ebensoviel Holz aus einem verschlossenen Stalle entwendet. Der Dieb arbeitete mittels Nachschlüssels. — Der Geschirrführer H. M. kam wegen Tierquälerei zur Anzeige. Er stach mit der Gabel zwei Ochsen, die vor einem Rübenwagen gespannt waren und nicht vorwärts kamen.

Turnen — Spiel — Sport.

Zum Spiel Aussig—Merseburg

erfahren wir, daß sich der V.f.L.-Merseburg entschlossen hat, dem Wunsche der Hallenser Vereine zu entsprechen und den Beginn des großen Wettkampfes von 2 auf 2¼ Uhr hinauszuschieben, um den vielen auswärtigen Besuchern damit die Möglichkeit zu geben, rechtzeitig zur Stelle zu sein. Besonders aus Halle ist ein ganz erheblicher Zustrom zu erwarten, da das

bändische Spiel in Halle von Wacker abgesagt

worden ist und kein anderes Spiel von Bedeutung in unserer Nachbarstadt am ersten Weihnachtstage stattfindet. Zwar empfangen die Sportfreunde Halles diesen Tage die Magdeburger Preußen, doch findet das Spiel bereits am Vormittag statt, so daß auch diesen beiden Mannschaften noch Gelegenheit zum Besuch des internationalen Treffens in Merseburg gegeben ist, die sie sich nicht entgehen lassen dürften. Auch in Merseburg ruht am ersten Festtag der Spielbetrieb, da von den übrigen hiesigen Vereinen auswärtige Gegner nicht verpflichtet werden konnten, wohl auch im Hinblick auf das große Ereignis auf dem V.f.L.-Sportplatz. Im übrigen soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Wettkampf der berühmten böhmischen Elf gegen unsern V.f.L. die einzige internationale Begegnung im ganzen Saalekreise während des Weihnachtsfestes ist, so daß sich das Interesse des gesamten Kreises auf Merseburg konzentriert.

Da vor dem Fußballwettkampf gegen Aussig noch ein Hockey- und ferner ein Jugendspiel auf dem gleichen Platz stattfinden, so dem der V.f.L. Mannschaften aus Weißenfels und Kabla eingeladen hat, so ist zu erwarten, daß auch aus diesen Städten, zu denen sich noch Naumburg gesellt, viele Interessenten nach hier zureisen werden. Damit ist es dann auch unermüdlichen Betreiben des V.f.L., jederzeit Schritt zu halten mit unserer rastlos fortschreitenden Zeit, gelungen, unsere Stadt mit Ausgang des ohnehin für die hiesigen Farben so erfolgreichen Jahres (siehe auch die Erfolge der Merseburger Leichtathletik) zum Mittelpunkt der Sportbewegung des Saalekreises während der Festtage zu erheben.

Auf dem Kampfplatz wird jetzt fleißig gearbeitet, um den hoch liegenden Platz noch mehr zu ebnen und zu planieren und auch für die Zuschauer möglichst trockene Plätze zu schaffen.

Das Amt des Schiedsrichters hat Herr Hohl (Sportfreunde-Halle) übernommen.

Der Zukunftswert der Leibesübungen.

Wir brauchen, um das Deutschtum in der Menschheit wieder zur Geltung zu bringen, ein starkes Volk von sittlichen Werten und gesunder Körperbeschaffenheit. Einer der Wege hierzu ist eine großzügige Pflege der Leibesübungen, die bei der Jugend schon in der Schule einsetzt. Viele unserer Volksgenossen sind heute müde an Leib und Seele, welk in Tun und Denken, andere überreizt, verzerrt, verdrossen, wieder andere jagen Wahnideen nach und sehen die Gelbanbetung der Sinnlichkeit an die Stelle des deutschen Kulturideals. Wollen wir nicht uns selbst aufgeben, dann müssen wir behacht sein, die deutsche Tatkraft wieder zu wecken. Die Pflege der Leibesübungen ist also ein soziales Bedürfnis. Sie ist nur eines der Mittel, die uns helfen, aber ein wirksames. Es gehören dazu alle Kräfte von Turnen im landläufigen engen Sinn bis zu dem Sport in jeder Form und den schönen alten Volksspielen. Wir verbinden damit die Pflege der Heimatkunde, das Kennenlernen von Boden, Pflanzenwelt und Tieren, denn Heimatfreude ist die Quelle zu fröhlicher Arbeit für Land und Volk.

Alle Volksgenossen sollen in die Pflege der Leibesübungen einbezogen werden, Kinder, Jugend und Erwachsene. Wir sind, schreibt Dr. Weigl in der Zeitschrift „Soziale Kultur", als Volksgenossen darauf angewiesen, miteinander zu leben, um miteinander für unsere große Volksgemeinschaft zu wirken. Das verlangt gegenseitige Achtung, Rücksichtnahme, Duldung. Die persönliche Freiheit hat ihre Schranken, denn Zügellosigkeit zermürbt die Kraft des Einzelmenschen und schadet der Volksgemeinschaft. Um ihr zu entgehen, brauchen wir etwas, das manchem Ohre hart klingt: Disziplin. Nicht geistlosen Kasernendrill, ohe Schablone, sondern freiwillige, aus ernster Selbstzucht gewonnene, bewußte freudige Unterordnung unter das Ganze. Diese Disziplin lehren die Leibesübungen. Nirgends findet man die sozialen Tugenden der kameradschaftlichen Hilfsbereitschaft, der gegenseitigen Rücksichtnahme besser als in Turnvereinen und Sportverbänden entwickelt. Neben dem günstigen Einfluß auf das Seelenleben und die Charakterbildung wirken die Leibesübungen fördernd auf alle Gewebe und Organe des Körpers. Sie bilden ein wertvolles Gegengewicht gegenüber der Einseitigkeit jedes Berufes.

Der Pessimismus, der alles verloren sieht, verrät Mangel an geschichtlichem Wissen und ist mutlose Schwarzseherei. Gewiß haben wir Schäden in uns, wie die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten. Gerade deshalb müssen wir uns aber anstrengen, aus Gleichgültigkeit und Leichtsinn.

Erziehung der Zuschauer beim Fußballspiel.

Eines der Hauptübel der schlechten Fußball-Schiedsrichterverhältnisse sind die Zuschauer. Sie zu erziehen, ist mit eine der Hauptaufgaben in der Fußballbewegung, denn damit hängt die Gesundung der Verhältnisse eng zusammen. Ein gewisser Prozentsatz Zuschauer ist bei jedem Spiel erstmalig Zuschauer des Fußballwettkampfes. Diese sind einzuweisen in die Geheimnisse des Fußballspiels und ihnen dabei gleichzeitig eine gewisse Regelkenntnis sowie Verständnis für die Entscheidungen des Schiedsrichters beizubringen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Der Sinn und Gang eines Fußballspiels ist kurz folgender: Die Spielaufgabe beider aus je elf Spielern bestehenden Mannschaft besteht darin, einen Lederball in das gegnerische Tor (Aus) zu treiben. Jede Mannschaft besteht aus fünf Stürmern (Mechtsaußen, Halbrechts, Mittelstürmer, Halblinks, Linksaußen), die das feindliche Tor angreifen und belagern, drei Läufern (rechter Läufer, Mittelläufer, linker Läufer), die ihre Stürmer unterstützen, aber gleichzeitig auch das eigene Tor verteidigen helfen, zwei Verteidigern (rechts und links), die nur das eigene Tor verteidigen, sowie dem Torhüter, der das Tor beschützt und verteidigt. Der Ball darf nicht mit den Händen berührt werden; eine Ausnahme macht nur der Tormann, der den Ball innerhalb des Strafraumes mit den Händen spielt. Handspielen der übrigen Spieler wird mit Strafstoß für die Gegenpartei bestraft. Überschreitet der Ball auf den Längsseiten des Spielfeldes die Linie, so ist der Ball „aus". Die Partei, die ihn zuletzt nicht berührt hat, wirft den Ball ein. Weitere ausführlichere Erklärungen erübrigen sich, der aufmerksame Beobachter sieht sofort, worauf es ankommt, wenn z. B. ein Eckstoß, Strafstoß oder auch ein „Elfmeter" gegeben werden. Das Spiel wird von einem Schiedsrichter geleitet, der immer von einem anderen Verein als dem der beiden spielenden Gegner sein sollte. In den Verbandsspielen werden nur Schiedsrichter anderer Vereine bestimmt, zu Ligaspielen in den meisten Fällen sogar Schiedsrichter aus neutralen Kreisgebieten herangezogen.

*

◇ **Der deutsche Meister Meißner-Merseburg** sowie die bekannten Mehrkämpfer Ball-Charlottenburg und Gillmann-Ludwigshafen sind nach Sendlingen übergesiedelt und werden für den dortigen Turn- und Sportverein vom 1. Januar 1921 ab an den Start gehen. h.

◇ **Der Waldlauf der Halleschen Turnerschaft** durch die Heide findet am Sonntag den 9. Januar 1921, 10 Uhr 30 Minuten vormittags statt. Er wird in drei Gruppen gelaufen.

◇ **Boldhlubben Kopenhagen.** Der dänische Fußballmeister kommt nicht nach Halle. Infolge der fragwürdigen Witterung und der äußerst gespannten Lohnfreiheitsfrage hat es der Halleschen F.-C. Wacker vorgezogen, die Deutschlandsreise des dänischen Fußballmeisters für Weihnachten abzusagen. Wacker sowohl als auch Eintracht-Braunschweig und Viktoria-Hamburg, die Teilnehmer an der Tournee sind, glaubten das große Risiko nicht auf sich nehmen zu können. Die Tänen werden jedoch im Frühjahr 1921 nach Halle kommen.

Vermischte Nachrichten.

200 Tote beim Erdbeben in Argentinien.

Paris, 21. Dez. Wie „Chicago Tribum" aus Buenos Aires meldet, sind bisher 200 Leichen als Opfer des jüngsten Erdbebens geborgen. Drei Städte sind völlig zerstört.

* **Ein Zuchthäusler entsprungen.** Auf dem Transport von Aschaffenburg nach dem Zuchthaus Ziegenhain entsprang der Einbrecher Max Kunkel aus Berlin, der sich zuletzt wegen Verbrechens vor dem Schwurgericht zu verantworten hatte, weil er im Polizeigefängnis auf einen Kriminalbeamten geschossen hatte. Kunkel hat noch 11 Jahre Zuchthaus zu verbüßen.

* **Für 350 000 ℳ Pelze erbeutet.** Einen großen Betrug hat ein Schwindler mit einem gefälschten Gepäckschein auf dem Bahnhof Alexanderplatz in Berlin verübt. Dort waren Koffer, die für 350 000 ℳ Felle und Pelze enthielten, in Verwahrung gegeben worden. Vor wenigen Tagen erschien ein Mann, legte einen Gepäckschein vor, dessen Angaben mit den Zeichen des verwahrten Gutes übereinstimmten, und erhielt die Koffer ausgehändigt. Später erkannt sich, daß der Schein gefälscht war. Wie die Kriminalpolizei ermittelte, hat der noch unbekannte Betrüger seine Beute unzweifelhaft nach dem Stettiner Bahnhof bringen lassen. Von dort haben zwei andere Männer die Koffer weiter befördert. Die Koffer sind seitdem spurlos verschwunden.

* **Ein Raubmord** ist in Eschorst bei Lübeck verübt worden. Dort fand man in dem Keller seines Hauses den 75 Jahre alten Kolonialwarenhändler Olbergburg mit durchschnittener Kehle und schweren Verletzungen am Kopf bewußtlos tot auf. Ob der Tat müssen zwei Personen beteiligt sein. Der eine der Mörder hat jedenfalls Verletzungen in dem Kampfe erlitten, denn man fand verschiedene mit Blut behudelte Leinwandstreifen. Was geraubt worden ist, konnte nicht festgestellt werden.

* **Ein harmloses Gemüt.** Am Freitag erschien der 21jährige Techniker Marko Goli aus Chemnitz bei der Reichsbankkasse in Berlin und legte eine Quittung über 35 000 ℳ vor, die er ausgezahlt zu haben wünschte. Die Quittung war mit Bleistift geschrieben und trug die ebenfalls mit Blei geschriebene Unterschrift des Reichspräsidenten. Der junge Mann wurde festgenommen und der Kassenrevisor angezeigt.

* **Was versteht man unter einer Goldmark?** Eine juristisch präzise Definition für diesen Begriff ist, wie das „Berl. Tagebl." hervorhebt, weder im Friedensvertrag gegeben worden, noch scheint in den Koblenzbkommen von Spa eine solche genaue Definition gegeben zu sein. Der Sinn des Begriffes Goldmark besteht aber offenbar darin, daß die Wiederaufmachungsschuld von uns nicht in der jetzigen valutarischen und stark entwerteten Papiermark zu entrichten ist, sondern in der alten Friedensmark, die bekanntlich infolge der damaligen Einlösungspflicht der Reichsbank an den Goldwert gebunden war oder, wie man zu sagen pflegt, die Goldparität besaß. Nach dem deutschen Münzgesetz war diese Bindung so beschaffen, daß 500 Gramm Gold einen festen Preis von 1395 Mark besaßen. Eine Friedensmark war also gleich etwa 0,36 Gramm Gold, und diese 0,36 Gramm sind es demnach auch, die wir jetzt als Goldmark zu betrachten haben. In England stellt sich der Goldpreis zurzeit auf 107 Schilling für die Unze, und da die Unze 31,1 Gramm enthält, so würde eine Goldmark = 0,36 Gramm Gold einen Preis von 1,27 Schilling haben. 1,27 Schilling repräsentieren aber nach dem heutigen Kursstande des Pfund Sterlings in Deutschland von etwa 150 ℳ einen Betrag von 9,5 Papiermark. Wenn die Goldmark auf 9,5 Papiermark anzusetzen wäre, so würde der gesamte Aufschlag auf den Kohlenpreis von 5 Goldmark sich auf 47,50 ℳ stellen. Zu unzulässig niedrigen Resultate käme man auch, wenn man die Dollarwährung als diejenige, die heute praktisch noch eine reine Goldwährung ist, der Berechnung der Goldmark zugrunde legte. Man würde dann einfach sagen, ein Valutadollar ist gleich 4,20 ℳ Friedensparität. Da der Valutadollar zurzeit in Berlin auf etwa 39 Papiermark steht, so würde sich bei dieser Berechnung ergeben, daß eine Goldmark 9,3 Papiermark entspricht, also herauskommen, wenn man den Dollarkurs von 39 durch 4,2 dividiert, nämlich etwa 9,4 Papiermark. Natürlich handelt es sich hierbei um Berechnungen, die nur für den jetzigen Stand der Papiermark zutreffen.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rösner; für Provinz, Lokales und Vermischtes Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Adams, Berlin-Charlottenburg, Bandacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Ludwig Stollberg in Merseburg.

Urahne, Grossmutter, Mutter und Kind,
Kaomacelaas kennt und trinkt. Gibt Blut und dieses Frische!
Näheres durch Hygiena Frankfurt a. M.

Sparkassenbuch gefunden.
Abzuholen bei Frau Zimbal, Johannisstraße 8, 3 Tr.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0003

Reiche Auswahl in **Strickwesten**
auch in Extra-Weiten für Damen (mit und ohne Ärmel) und für Herren,
Fleischer-Strickwesten und viele andere Ausführungen.
Sweater für Herren und Kinder,
Rauhschals sowie
sämtliche Wollwaren
in billigen, mittleren und guten Qualitäten.
A. Henckel, Merseburg, Ölgrube 29.

Flügel und Pianos
/ Ritter /
Halle (Saale)
sind das Produkt
92jähr. Erfahrung.
Besichtigung ohne Kaufzwang erb.
Viel 1000fach bewährt.

Umzüge
von und nach jedem Orte erledigt sachgemäß und billigst
Spediteur Haluszczak
Naumburgerstr. 8 (am Güterbahnhof).

Phoenix
Näht, stickt, stopft
am schnellsten
war die erste Rundschiff-Maschine in Europa und ist die schnellste und leistungsfähigste der Gegenwart.
— Sehr mässige Preise. —
Max Schneider,
Schmale Str. 14. Tel. 479.
Eigene Reparaturwerkstatt.

Dieser echte Peddigrohrsessel
Nr. 20 in extra kräftiger Ausführung, kost. nur Mk. 2.50.
Porto und Verpackung frei.
Theodor Rühr, Halle a. S. 10.

Ia neue Trockenschnitzel
Haferschalenmelasse,
Maisfutter
offeriere preisw. n. jeder Station.
Hugo Held, Corbetha-Bhf

Uhren
aller Art
in eleganter und einfacher Ausführung
empfiehlt
zu soliden Preisen in
reicher Auswahl
als passendes
Weihnachts-Geschenk
Hermann Schladitz
Merseburg
Kleine Ritterstr. 11

Das beste **Weihnachts-Geschenk**
für jeden Raucher
ist eine hochfeine Kiste
Zigarren
oder eine reizende Packung
Zigaretten
aus dem
Havanna-Haus Willy Arndt,
Merseburg. Oelgrube 35.
Rauchtabak in jeder Preislage.

Reeller Einkauf
aller
Felle u. Häute.
Albrecht, Unter-Altenburg 18.

Passende Weihnachts-Geschenke
sind:
Zigarren — Zigaretten — Tabak
Bruyere-Pfeifen.
Große Auswahl in allen Packungen u. Preislagen
bei
Rudolf Wetzel,
Bahnhofstr. 4. Merseburg. Fernspr. 491.

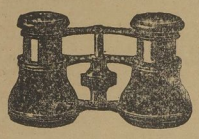
Am **1. Januar verlege** ich mein Geschäft nach **Gotthardtstrasse 16,** deshalb
Umzugs-Ausverkauf bis 24. Dezember.

Zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfehle ich in nur besten Qualitäten:
Anzug-, Hosen-, Joppen-, Paletot- u. Ulster-Stoffe
darunter auch blau, schwarz, marengo für Konfirmanden,
Covercoat und Manchester.
Münchener Lodenmäntel u. Joppen.
Gummimäntel in Marken „Continental" und „Frankon".
Fantasie-Westen, Rauchjacken.

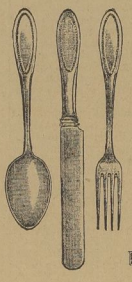
Ernst Ruffes, Entenplan 4. Ab 1. Januar: Gotthardtstr. 16.

Schuhwaren in Filz und Leder frisch eingetroffen und empfiehlt billigst
Otto Riedel,
Schmale Straße 18.
Maß- und Reparatur Werkstatt.

Praktische
Weihnachts-Geschenke:



Theater- und Reise-Gläser
Feldstecher
Prismengläser versch. Fabrik.
Barometer mit la Werken
Thermometer f. alle Zwecke
Lupen und Lesegläser
Reißzeuge Taschenlampen
Batterien bis 7 Stunden Brenndauer Panorama-Spiegel
Stereo-Apparate mit schwarz. u. farb Naturaufnahm. aus all. Welt. Unterhalt. u. lehrr. f. Jung u. Alt
Spezialität: Sorgfältigste Bestimmung und Anpassung der erforderlichen Augengläser sowie deren Anfertigung in eigener Werkstätte mit elektrischem Betrieb
Herbert Fischer, Optikermeister,
Markt 24 Erstes optisches Spezial-Geschäft am Platze! **Markt 24**



Erich Heine
vorm. B. Rossberg **Juwelier** Burgstr. 10
empfiehlt sein erstklassiges Lager in
Schmuck- und Gebrauchs-Gegenständen
insonderheit preiswerte Bestecke
in echt und versilbert.
— — —
Bitte beachten Sie meine Schaufenster

Zum Schmucke des Weihnachtstisches
und
für die Festtage
empfehle ich meine Vorräte an
blühenden Pflanzen und Blumen
Albert Trebst,
Blumenhandlung.
Entenplan 3. Fernruf 475.

Von heute an stehen
junge, schwere, hochtragende und frischmilchende
Kühe,
Altmärker Rasse,
sehr preiswert zum Verkauf
Albert Beyer, Schkeuditz. Fernruf Nr. 364

Zigarrenhaus Franz Müller,
Gotthardtstrasse 48.

Für Weihnachten
empfehle meine große Auswahl in
sämtlichen Tabakwaren.
Zigarren
in Kistchen zu 25 Stück
— in allen Preislagen. —
Zigaretten, alle bekannten Marken.

Elektr. Bedarfsartikel
Motore, Lampen, Draht, Ersatzteile
auch für Wiederverkäufer
empfiehlt zu Tagespreisen
Oelgrube 15. **P. Geheb** Oelgrube 15.

Schweißechte
Gummi-Hosenträger
in den Preislagen 30.– 28.– **16.– M.**
Frz. Hildebrandt Kl. Ritterstraße 13.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 290. Mittwoch den 22. Dezember 1920. 47. Jahrg.

Die Gefahren einer Millionenauswanderung.

Dr. Max Hirsch-Berlin schreibt über dieses Thema im „Berl. Tagebl.“ folgendes:

Es häufen sich die Nachrichten, daß ein ungeheurer Trieb zur Auswanderung das deutsche Volk erfaßt hat. 15 Millionen Europäer sollen bereits durch die Transatlantischen Linien dem amerikanischen Einwanderungskommissar gemeldet sein, darunter allein mehr als fünf Millionen Deutsche. Dazu kommt die Auswanderung in andere Teile der Welt. Die Gründe hierfür liegen klar zutage. Sie sind in dem maßlosen wirtschaftlichen Zusammenbruch, der Aussichtslosigkeit des Emporkommens und der dadurch hervorgerufenen verzweifelten Stimmung weiter Kreise zu suchen.

Handelte es sich für Deutschland nur um den zahlenmäßigen Verlust von Volksgenossen, so müßte man sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl oder übel damit abfinden. Denn Volkszahl und Nahrungsmittelvorrat sind korrelative Größen. Und es ist traurige Wahrheit, daß der Nahrungsmittelvorrat infolge des Verlustes agrarischer Provinzen, infolge des Minderertrages der Landwirtschaft und infolge der durch die politische Umgestaltung und das Hereinströmen der Flüchtlinge gesteigenen Bevölkerungsdichte weit unter den Bedarf gesunken ist. Es scheint eine verhängnisvolle Tatsache, daß Deutschland im nächsten Jahre nicht viel mehr als 50 Proz. seiner Bevölkerung aus eigenen Lebensmittelvorräten wird ernähren können. So könnte die Auswanderung als eine erfreuliche Entlastung begrüßt werden.

Aber die Sache hat eine Kehrseite. Das ist die biologische oder rassenhygienische Bedeutung. Mit dieser Frage hat sich vor kurzem im Ministerium für Volkswohlfahrt unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Professor Gottstein ein wissenschaftliches Kollegium, bestehend aus den Professoren Sering, Bonnhöfer, v. Luschan, Krohne, Correns, Goldschmidt, Voll, Baur, Westenhöfer, Roesle, Weinthe, Lung, Blum und dem Schreiber dieser Zeilen, beschäftigt. Das Referat erstatteten die Herren Baur und Westenhöfer. Die gegenwärtige Bedeutung der Auswanderung für das deutsche Volk wird durch die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages dahin beeinflußt, daß gerade die körperlich und geistig tüchtigen Volksglieder verloren gehen. So bildet sich ein Vorgang der Auslese, welcher das gerade Gegenteil ausscheidet und auf diese Weise eine Verschlechterung der erblichen Veranlagung des zurückbleibenden Volksteils herbeiführt. Hält, wie voraussehen ist, die Auswanderung mehrere Jahrzehnte an, so findet ein dauernder Verlust der bestveranlagten Menschen, und, da die Regenerationsfähigkeit eines Volkes durchaus nicht unerschöpflich ist, eine dauernde Ausmerzung rassenhygienisch wertvollen Erbgutes statt.

Aus diesem Grunde darf der Auswanderung nicht freier Lauf gelassen werden. Und wenn auch das Friedensdiktat uns verbietet, Auswanderungslustigen Hindernisse in den Weg zu legen, so sollte man doch in Presse und Literatur nichts unversucht lassen, weiteste Volkskreise über die Bedeutung der Auswanderung aufzuklären. Man sollte auch nicht versäumen, die Tatsache zu verbreiten, daß heute weit mehr als vor dem Kriege die Lebensbedingungen in fremden Ländern für deutsche Auswanderer so ungeheuer erschwert sind, daß bestenfalls nur ein ganz winziger Teil von ihnen das Ziel erreichen, die Mehrzahl aber mit Sicherheit verelenden und zugrunde gehen wird.

Man sollte auch nicht versäumen, den Auswanderungstrieb statt in fremde Länder auf die eigene Heimat zu lenken. In ihr harren noch ungeheure Strecken unbebauten Landes der tatkräftigen Hand. Rund 2½ Millionen Hektar Ed- und Moorland liegen in Deutschland brach, welche Raum für mehrere Millionen Menschen und Nahrungsmittel für nahezu 10 Millionen Menschen geben können. Dazu kommen 2½ Millionen Hektar Ödland, welches der Entwässerung und Urbarmachung warten. Und während draußen in den Urwäldern Brasiliens und Argentiniens die Gewinnung von Neuland mit größten Gefahren für Leben und Gesundheit und mit jahrelangen Entbehrungen verbunden ist und die mitgenommenen Barmittel infolge Entwertung des deutschen Geldes bald erschöpft sind, ließe sich in der Heimat mit weit günstigeren Aussichten eine sichere Existenz eigener Scholle gründen.

Es ist Pflicht der Regierung, hierauf das Augenmerk aller Volkskreise zu lenken und unverzüglich die Mittel bereitzustellen, welche es dem heimatlos gewordenen und zur Auswanderung bereiten Deutschen ermöglichen, auf dem heimatlichen Boden den Neubau seiner Existenz in Angriff zu nehmen.

Die Begründung von Heimstätten mit Gartenland im Umkreise der Städte und in den Revieren des Bergbaues ist gewiß schon etwas wert. Aber es genügt nicht, um die Städte zu entlasten. Es muß gelingen, den Überfluß der städtischen Bevölkerung auf das platte Land zu lenken. Dazu dient das Siedelungswesen in mancherlei Gestalt, als Einzelbauernsiedelung nach Sering, als Siedelungsgenossenschaft mit Anteilwirtschaft nach Oppenheimer oder dergleichen.

Aus rassenhygienischen Gründen muß ferner die Überführung Jugendlicher in die Landbezirke planmäßig betrieben werden. Aus der großen Zahl der Vierzehn- bis Sechzehnjährigen, nach der Volkszählung von 1910 waren es rund 2½ Millionen, von denen annähernd die Hälfte in den Städten lebt, müssen die Ahnherren künftiger Bauerngeschlechter werden. So wird es möglich sein, dem Entartungsprozeß, in welchem das deutsche Volk sich gegenwärtig befindet, und welcher, wenn er über Generationen hin fortwirkt, zum Untergang führen muß, Einhalt zu gebieten.

Der dieser Tage in Hamburg gegründete Reichsverband deutscher Auswanderer sollte in gemeinsamer Arbeit mit dem Reichswanderungsamt und allen anderen maßgeblichen Behörden nichts unversucht lassen, den Strom der Auswanderer auf die eigene Heimat zu lenken. Sonst gehen die besten Elemente des Volkes verloren und werden zum Dünger fremder Kultur. Und gerade sie sind zum Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen Wirtschaft unentbehrlich.

Deutschland und die Entente.

Unterbrechung der Brüsseler Besprechungen.

Paris, 21. Dez. über die Brüsseler Beiprechungen liegt im „Journal des Débats“ ein Bericht vor, der den tatsächlichen Vorgängen am nächsten zu kommen scheint. Danach hatten die Delegierten Sen-souz und Lord Abernon die Ergebnisse ihrer Besprechungen mit den deutschen Delegierten mitgeteilt. Obwohl diese Besprechungen die Ergebnisse nicht hatten, die man erwartet hatte, gestatteten sie dennoch, zahlreiche Punkte uns rechte Licht zu rücken, die bisher dunkel geblieben waren. Man entwickelte nämlich die Frage der deutschen Finanzen und die Frage der Volksabstimmung, die sie genau präzisierten. Genaue Angebote von besonderer Bedeutung konnten noch nicht erlangt werden, da die deutschen Vertreter erklärt hatten, daß sie nicht genügend Vollmacht hätten, eine Antwort zu erteilen. Sie müßten neue Instruktionen aus Berlin einholen, bevor sie ihren Standpunkt bekanntgeben. Die Deutschen bemühten sich, in den Erörterungen die Ziffern nachzuweisen, die sie in ihren ersten Darlegungen angeführt hatten und wiederholt kamen die Bestimmungen des Versailler Vertrages zur Sprache. Die alliierten Vertreter forderten, daß man sich auf die Debatte der Entschädigungssumme beschränke. Es werde möglich sein, einen genauen Plan für die Entschädigungszahlungen den deutschen Delegierten am Mittwoch zu übermitteln. Obwohl dieser Plan bisher nicht bekannt geworden ist, kann man sagen, daß die Entschädigungen in natura die erste Stelle einnehmen werden; dennoch würden in weitgehendem Maße auch Entschädigungen in Geld eine Rolle spielen. — Die deutsche Abordnung wird am Mittwoch abend Brüssel verlassen, die Abordnung der Alliierten am Donnerstag früh.

Der „gute Wille“ Deutschlands wird von der Entente bescheinigt.

Dem Havas-Reuter-Bericht aus Brüssel entnehmen wir folgende Stellen: Es wurde klar, daß die seit Sonnabend dersolgte Verhandlungsmethode, die in einem Austausch persönlicher Ansichten zwischen den beauftragten Delegierten der Alliierten und deutschen Sachverständigen besteht, gute Früchte getragen hat. Indessen sind trotz beiderseitigem guten Willen, zu Ende zu kommen, die zur Besprechung stehenden Fragen derart kompliziert, daß sie eine vertiefte Prüfung und Herantschastung von Dokumenten erfordern, was die Besprechung etwas verzögert. Die französische Delegation hat um Ermächtigung nachgesucht; daher wurde der Leiter des französischen Ausgleichsamtes Cheysson nach Brüssel gebeten, der gestern hier eingetroffen ist. Cheysson brachte gleichzeitig aus Paris Informationen, sowie ergänzende Instruktionen mit. Schon in den ersten Tagen der Konferenz erhielt man hier den Eindruck, daß das Terrain, worauf sie stattfindet, eine solide Grundlage für eine Diskussion sein würde. Dies Gefühl verstärkte sich nach Erledigung der ersten vorbereitenden Berichte. Wenn noch einige Widerstände auf gegnerischer Seite vorhanden sind, so beruht das nur auf einigen besonderen Punkten, die selbst nach Ansicht der französischen Sachverständigen eine besonders aufmerksame Prüfung vor der Entscheidung erfordern. Man hofft, daß man dazu kommt, für Mittwoch soviel vorläufige Berichte fertigzustellen, als es Probleme gibt. Diese Berichte werden am Mittwoch und Donnerstag veröffentlicht. Sie werden eine große Linie des Planes darstellen, der ausgearbeitet wird. Die verschiedenen Delegationen werden sich dann aufmachen und ihren Regierungen über die Absichten berichten, die sie haben, und weitere Instruktionen einholen. Die Wiederzusammenkunft findet erst nach Weihnachten oder nach Neujahr statt. Die von den Sachverständigen vorzubereitende Lösung wird übrigens von den in Frage kommenden Regierungen einer Revision unterzogen werden müssen. Der Vertrag von Versailles gibt den Alliierten die Möglichkeit, Deutschland die Ausführung der Verpflichtungen gewaltsam aufzuzwingen. Wollte man aber seine starke Hand so gebrauchen, so könnte man das nur tun, wenn man auf bösen Willen stieße, der Komplikationen und unüberwindliche Schwierigkeiten schaffen würde. Aber ganz im Gegenteil: Angesichts der Persönlichkeiten, welche die Alliierten mitbrachten, zeigte sich auf deutscher Seite guter Wille; es wäre unpolitisch, ihn zurückzuweisen. Man hat die beste Hoffnung, daß dieser gute Wille eine noch vollständigere Wiederaufmachung der durch den Krieg verursachten Schäden erlauben wird.

Es ist das erstemal, daß auch von französischer Seite der „gute Wille“ Deutschlands anerkannt wird. Gründen wir aber darauf keine voreiligen Hoffnungen. Ehe ein Ergebnis nicht erzielt ist, können die Verhandlungen noch manche unvorhergesehene Wendung nehmen. Vor allem muß man abwarten, wie lange die französischen Chauvinisten und der Pariser Pöbel diesen gnädigen Ton den Deutschen gegenüber dulden werden. Denn nach den Erfahrungen der letzten Jahre geben in Frankreich nicht die klugen Köpfe und die Sachverständigen den Ausschlag, sondern die Hetzpatrioten und Deutschenfresser.

Wiederbeginn der Brüsseler Beratungen am 10. Januar.

Brüssel, 22. Dez. Havas-Reuter melden, daß die Konferenz nach der Vertagung ihre Arbeiten am Montag den 10. Januar wiederaufnehmen wird. Gestern nachmittag haben die Alliierten eine Sitzung untereinander abgehalten und ihre Sachverständigen über verschiedene Punkte gehört.

Frankreich macht Schwierigkeiten im Ausgleichverfahren.

Paris, 22. Dez. Der „Intransigeant“ erklärt, daß Deutschland für den Monat November dem französischen Schuldenausgleichsbüro die Summe von 27 Millionen Fr. hätte übermitteln sollen. Deutschland weigere sich, diese Summe zu bezahlen, was die erste formelle Verletzung der finanziellen Verpflichtungen des Versailler Vertrages bedeute. Der französische Außenminister habe deshalb bereits zwei Noten verfaßt, die der deutschen Regierung übermittelt werden sollen.

Die neue deutsche Note über die Einwohnerwehren.

Wie die „neue Berl. Zeitung“ erfährt, ist nach Abschluß der Vorarbeiten innerhalb der Reichsregierung und nach Beendigung der Verhandlungen zwischen dieser und dem bayerischen Ministerrat der Text der Antwort auf die Note des Generals Nollet in der Angelegenheit der Einwohnerwehren festgesetzt worden. Die deutsche Note unterliegt nur noch der letzten Redaktion; ihre Veröffentlichung steht unmittelbar bevor. Die deutsche Regierung bekennt sich in ihr vollkommen zu dem Standpunkt der bayerischen Regierung und führt für den Weiterbestand der Einwohnerwehren das Vorliegen eines höheren Staatsinteresses ins Treffen.

Ein englischer Vorschlag zur Regelung des Ausgleichsverfahrens.

Berlin, 22. Dez. In der Angelegenheit des Ausgleichsverfahrens erfahren wir von zuständiger Seite, daß ein Angebot der englischen Regierung eingegangen ist, zunächst in die Prüfung der großen Forderungen einzutreten zu wollen, um auf diese Weise zu versuchen, eine Minderung der Zahlen zu erzielen. Irgendwelche Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Im übrigen wird die Angelegenheit in Brüssel zur Sprache kommen.

Dänemarks Entschädigung an Deutschland.

Die „Zägl. Rundschau“ meldet u. a. aus Kopenhagen: Das dänische Staatsministerium kündigte offiziell an, daß der Wiederherstellungsausschuß in Paris am 17. Dezember endgültig den Betrag festsetzte, den Dänemark an Deutschland als Ausgleich für das Staatseigentum im früheren deutschen Gebiet Nord-Schleswigs zahlen soll. Der Gesamtbetrag wurde in Übereinstimmung mit den Forderungen des Versailler Vertrages auf 65 Millionen Goldmark festgesetzt, von denen vom 25. Dezember ab Zinsen zu zahlen sind.

Die Lage im Reiche.

Drei Krisen und ein Minister.

Von einem Parlamentarier.

Der Ministersessel des Herrn Reichsfinanzministers hat in der letzten Woche bedenklich gewackelt; und so recht sest steht er auch jetzt noch nicht. Alle drei Krisen sind auch ein bißchen viel auf einmal für einen Minister. Herr Wirth hat sie gehabt; sowohl in der Frage des Reichsnotopfers wie in der Beamtenbesoldung und schließlich auch noch in der Auseinandersetzung über das russische Internierntenlager gab es Konflikte bedenklichster Art. Aber er hat sie überstanden, und wenn man näher zusieht, wie er das fertig gebracht hat, so wird man nicht ohne Verwunderung feststellen müssen, daß der letzte Grund der erfolgreichen Behauptung seiner Stellung nicht sowohl im Sachlichen wie im Persönlichen liegt.

Denn sachlich ist in der Tat manches in der Geschäftsführung des Finanzministeriums angreifbar. Insbesondere ist die Verschleppung der Beamtenbesoldung sehr schädlich gewesen und kaum zu rechtfertigen. Was aber die Position des Herrn Wirth schließlich gegen allen Ansturm gefestigt hat, war gerade die Gegnerschaft, in der die der Koalition angehörige Deutsche Volkspartei unverkennbar zu ihm steht. Von Anfang an war das Verhältnis zwischen dieser Partei und dem Minister kein gutes, und die Deutsche Volkspartei versäumte keine Gelegenheit, dies auch im Parlament wie in der Presse zum Ausdruck zu bringen. Zuletzt nahm ihre Abneigung eine geradezu verletzende Form an, indem sie bei der Rede des Ministers über den durch seinen Staatssekretär Grezesinski hervorgerufenen Zwischenfall demonstrativ und unter Zeichen der Empörung den Sitzungssaal verließ.

Gerade dadurch aber wurde der Widerspruch des Zentrums geweckt und diese große Partei veranlaßt, nunmehr um so energischer für den an ihr angegriffenen Minister einzutreten. Sie fühlte sich in ihrer Parteiehre dadurch gekränkt, daß eine andere Partei, die mit ihr zusammen die Regierung trägt, es für angebracht hielt, ein Mitglied eben dieser Regierung in dieser Weise zu behandeln. Man weiß, wie stark der-

Um fremdes Blut.

Roman von Amélie Hinze.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ich will — verzeihen Sie, Herr Redakteur; ich bitte aber nochmals um Diskretion.“

Er rate besser, die Miene zu Hause zu lassen“, raunte der Redakteur einem Kollegen zu, als der Schriftsteller fort war. „Im höchsten Grade anmaßend! Das nächste Mal weise ich ihn ab.“

„Woher stammt dieser Voßberg eigentlich?“ warf der andere hin.

„Aus einer Künstlersamilie. Sein Großvater war der große Tragöde Joachim Auersberg; sein Vater war Maler, ein vielversprechendes Talent. — Das Bild des Selbstmörders „Adonis, beim Napoli“, hat in M. den ersten Preis bekommen. Der so ausgezeichnete Künstler ist aber bald darauf ganz plötzlich gestorben. Seine Witwe ist in den dürftigsten Verhältnissen zurückgeblieben.“

„Nun, wenn er eine bedürftige Mutter hat, da muß dieser Achim Voßberg ja ein starkes Selbstvertrauen haben, sich seine Existenz als Romancier aufbauen zu wollen.“

„Hat er auch, und zum Teil mit Recht: es steckt etwas in ihm. Er verfügt über eine glühende Phantasie und große Tiefe der Gedanken. Ihm fehlt aber noch Lebenserfahrung — Lebenskenntnis. Er ist in einem Krähwinkel aufgewachsen; die Phantasie ist seine Welt geworden. Ich wird ihr noch manchen Zoll zahlen müssen.“

Der Schriftsteller befand sich seit dem bedeutungsvollen Abend in verzweifelter Stimmung. Er konnte es sich nicht verzeihen, daß er das Darlehen verloren hatte; daß Honorar, das er noch nicht einmal in Aussicht hatte, mußte nun später beide Darlehn decken.

Die Spenderin des zweiten — auch hier war es eine Dame gewesen — hatte er surt mit gar nicht kennen gelernt. Als er sich gemeldet, hatte man ihn in den Garten beschieden. Dort war eine Dame eilig auf ihn zugekommen. Soweit er in dem Abendlicht hatte erkennen können, war sie jung und schlank gewesen; ihre Züge hatte er nicht zu unterscheiden vermocht.

„Es ist gut, daß Sie noch heute gekommen sind, morgen reise ich weg. Ich bitte, zu verzeihen, daß ich Sie nicht ins Haus lade, allein, ein trauriges Ereignis — seien Sie überzeugt, daß es mir Freude macht, ein Talent unterstützen zu können!“

Er war heimgegangen mit dem Bewußtsein, die gütige Spenderin, sollte sie ihm einmal begegnete, nicht erkennen zu können. Ihre Adresse, die sie ihm auf seine Bitte gegeben hatte, war der einzige Beweis, daß auch diese Episode kein Traum gewesen war. Er war ihr ja so dankbar. Der Mutter war nun geholfen, aber die Begegnung war ihm schon fast entfallen.

Anders die mit der Signora.

„Mehr Licht! Wenn Ihr Durst einmal zu groß wird so erinnern Sie sich, wo es zu finden ist“, hatte sie gesagt.

Und ihn dürstete seit jenem selig-unseligen Abend wie noch nie. Die Ablehnung seines Werkes brannte noch immer wie Gift in seinen Adern, wie auch das Bewußtsein, von zwei Damen Almosen angenommen zu haben. Sein Entschluß, die Arbeit, die er unter der Feder hatte, zu unterbrechen und eines jener Blendwerke zu schaffen, die lediglich auf Sinneserregung gemünzt sind, um Geld zu bekommen, kam hinzu, ihm ein Gefühl der Haltlosigkeit zu geben, deren Gefahr er sich bewußt war. Der Gedanke: „Geht es so fort, versinkst auch du vielleicht, wie so manch einer, der berufen gewesen ist, ins Bodenlose!“ zerriß ihm den Faden des heraufbeschworenen Schauergemäldes, zu dem seine Feder die Worte flocht, um die Silbenzahl zu erreichen, wo die Pointe vorgeschrieben war.

Die Feder flog plötzlich in weitem Bogen zur Erde nieder, der Stuhl zurück. Der junge Schriftsteller war aufgesprungen; sein Körper bebte, seine schlanke Hand ballte sich zur Faust; wie getrieben, durchmaß sein Fuß den engen Raum.

„Ich mache die Sache rückgängig“, entrang es sich ihm, „mag kommen, was da will! Ein Achim Voßberg arbeitet nicht nach Vorschrift, gibt sich nicht her zu den Praktiken einer Schauerromanfabrik. Mehr Licht!“ Es klang wie ein Schrei. — „Heraus aus der Misere! Seit ich denken gelernt, dürstet mich danach! Ich würde sie ertragen, wäre man gerecht gegen mein Werk gewesen! Begeisterung hat mir bis heute den Hunger ertragen helfen, auch jenen schweren, den das Leben nennt. Aber man sorgt dafür, daß die Begeisterung erstickt wird, — die einen mit ihrer „Richtung“, die anderen mit ihrer „Vorschrift“. Der Dichter ist nicht mehr König in seinem Reich. Will er existieren, muß er zum Fabrikanten werden und ängstlich klügeln bei jeder Ähre, die auch dem Geschmack der Menge entspricht!“

Mit raschem Griff hatte er die Blätter des Manuskripts zusammengerafft und in den kleinen Windofen getan. Eine Sekunde später leckten die Flammen daran empor und beleuchteten das Antlitz Voßbergs, der düster in die Glut starrte.

Der letzte Brücke abgebrochen, aber der Weg zu dem Ziel wieder frei.

Mit dem Aschenrest war sein wilder Zorn verflogen. Ein Gefühl der Erleichterung kam über ihn; es war ihm, als habe er ein verlorenes Gut zurückgewonnen, als habe er sich lebhaftig wiedergefunden.

Die wiedererlangte Gedankenfreiheit weckte ein Gefühl von Tatendrang und Sehnsucht in ihm. — Und noch anderes lebte in ihm auf: — der menschliche Trieb. Er hatte ihn getötet gehabt. Nun sollte er der Sorgenbrecher sein, sollte ihm helfen, den Durst zu stillen.

Konnte das etwas schaden?

Wie, wenn er der liebenswürdigen Aufforderung der Signora Folge leistete und versuchte, eine Freundschaft zwischen sich und ihr anzubahnen? — Welche Anregung zu seinem Schaffen würde ihm diese Frau geben können! Ihm würde die Wohltat eines hochgebildeten Umganges werden.

Ja, Freundschaft wäre das richtige Verhältnis zwischen ihnen — selbstlose gegenseitige Freundschaft.

Hastig griff er nach einem der Bücher, die auf dem Tische lagen. Es war Schillers „Piccolomini“.

Zerstreut irrten seine Augen über den Inhalt; plötzlich blieben sie an einer Stelle haften:

„In seiner Brust sind seines Schicksals Sterne —“

Eine Blutwelle schoß in des Lebenden Antlitz. Er klappte das Buch zu, nahm an dem alten Pult Platz und ein schon begonnenes Manuskript zur Hand.

Nachdem er die letzten Blätter überlesen hatte, füllte seine Feder rasch die nächste und die folgende Seite. Seine Züge bekamen etwas Scharfgeschnittenes. Zuweilen lehnte er sich zurück, sann, und wieder glitt die Feder über das Papier.

So mochte etwa eine Stunde verflossen sein, als der Schreibende die Feder hinlegte und das Geschriebene überlas.

Ein lebhafter Glanz kam in seine Augen, wiederholt fuhr er sich mit der Hand aufgeregt durch das Haar. Dann legte er plötzlich die Arme auf das Pult, und wie ein Kind drückte er sein heißes, junges Antlitz darauf.

Er war nicht literarisch gebildet, daher auch nicht imstande, sich als Redakteur oder Journalist vorläufig eine auskömmliche Stellung zu verschaffen. Um so individueller aber waren seine Schöpfungen; sie waren so recht das Zeugnis eines frei schaffenden, seine Eigenart in sich selbst tragenden Talentes.

Das oft erprobte Mittel, durch das Sichversenken in das Empfinden der geschaffenen Gestalten sich selbst zu vergessen, hatte sich auch diesmal bewährt.

Das Gefühl eines großen, großen Glückes erfüllte von neuem den jungen Schriftsteller. Er trat ans Fenster. Ein Sprühregen ließ die hohen Mietkasernen der Straße noch grauer und nüchterner erscheinen, eine Trivialität ohnegleichen gegenüber dem Fluge seiner Seele.

Hinaus stürmen in den Regen, am liebsten in ein Unwetter, austoben all das Überschäumenvollen, alles, was an großen und reinen Empfindungen in ihm lebte und was an junger Lebenskraft unverstanden in ihm glühte, austoben das allmächtige Gefühl: „Du bist reicher als viele, denn du bist berufen!“ Und vergessen, daß es eine Gefahr gab, die überwunden zu haben er soeben noch geglaubt hatte.

Mußte nicht eigentlich der Intellekt im Menschen naturwidrige Gefühle gar nicht aufkommen lassen?

Der Blick des Schriftstellers irrte zu den kleinen Sträußchen hin; dann schloß er die Augen. So konnte er besser das Bild festhalten, daß Blick, das er soeben suchte, wie er es sloh. Sogar die Schwüle im Gemach empfand er wieder — das Spüren ihres warmen Lebens. Er sah wieder ihren gesenkten Kopf dicht vor sich, ihr weißes Antlitz aus der Nacht des Haares leuchten. Er sah das leise Wogen spiel der Brust und den Strauß zitternd darauf ruhen. Und nun ihr Lächeln...

Ein Strom durchrieselte seine Adern — so wohlig und doch so atembeklemmend. Seine Stirn färbte sich; er preßte sie gegen das kalte Fensterglas. Er versuchte die Signora nicht, nur seinen Wunsch, zehn Jahre älter zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0005

artige Gefühle das politische Leben beherrschen und daß sie oft viel wirksamer und entscheidender sind als rein sachliche Überlegungen. Deshalb sprang auch hier das Zentrum sehr energisch für den gekränkten Herrn Wirth ein; vielleicht energischer, als es der Fall gewesen wäre, wenn eine solche Kränkung nicht vorgekommen wäre.

Indes gibt es auch noch andere Gründe um es mit Genugtuung zu begrüßen, daß die drei Krisen überwunden worden sind und nicht zu einer Veränderung in der Regierung geführt haben. Wenn eine solche erst einmal in dem einen Ministerium eingetreten wäre, so wäre es kaum bei diesem einen Ministerium geblieben. Jetzt aber überhaupt an dem ohnedies nicht allzu festen Bau der Koalitionsregierung zu rütteln, hätte sich wirklich nicht sehr empfohlen. Vielmehr muß eine besonnene Politik darauf gerichtet sein, Störungen und Erschütterungen in der Regierung bis zu den Preußenwahlen möglichst zurückzuhalten, um dann gleichzeitig diejenige einheitliche Gestaltung der Regierung im Reich und in Preußen vorzunehmen, die dringend not tut. Wenn es bis hierher gegangen ist, wird es schließlich die paar Wochen auch noch gehen; und Herr Wirth, der ja im übrigen ein kluger und gewandter, schlagfertiger und persönlich untadeliger Mann ist, wird es sicherlich verstehen, eine vierte Krisis zu vermeiden.

*

Ein Ministerrat über Sparsamkeitsmaßnahmen.

Berlin, 21. Dez. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit einer Reihe von Vorschlägen, die der Reichskommissar für die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung in Verfolg des ihm erteilten Auftrages vorgelegt hatte. Die Vorschläge, die der Reichskommissar im einzelnen begründete, bezogen sich insbesondere auf die vom Kabinett bereits seit längerer Zeit ins Auge gefaßte Verminderung der Zahl der Ministerien, auf die Entlastung der Zentralbehörden von solchen Geschäften, die sachgemäß von nachgeordneten Behörden wahrgenommen werden können, auf die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den verschiedenen Reichsbehörden und zwischen den Reichs- und Landesbehörden. Der Reichskommissar betonte, daß die Flut der Anträge auf Bewilligung von Reichsmitteln für kulturelle Zwecke, wirtschaftliche und selbst soziale Zwecke entschieden eingedämmt werden müßte. Der Reichsminister des Innern brachte sodann in einem Korreferat bei weitgehender Würdigung der vorgesetzten Grundgedanken auch diejenigen Momente zur Geltung, denen bei aller Sparsamkeit im Interesse der Gesundung unseres gesamten staatlichen Lebens Rechnung zu tragen ist. Er legte dar, welche durch die Reichsverfassung dem Reich zugewiesenen Aufgaben nach Lage der Verhältnisse keinen Aufschub vertrügen und welche neuen und umfangreichen Arbeiten der Verwaltung durch den Vertrag von Versailles und durch die Kriegsfolgen auferlegt werden. Er erinnerte an die übermäßige Belastung der Arbeitskraft der Ministerien durch die vermehrte Tätigkeit, die der Reichstag, der Reichswirtschaftsrat und der Reichsrat erfordern, und bezeichnete es als notwendig, eine Reform der Arbeitsweisen dieser Stellen in die Erörterung einzubeziehen. Der Minister betonte, daß es im Interesse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht angehe, die Aufgaben auf dem Gebiete der Wissenschaft, Kultur und Sozialpolitik unterschiedslos zu unterdrücken. Den Schwerpunkt der Reformen sieht der Minister in einer weitgehenden Dezentralisation aller Arbeit, die nicht im Interesse unserer außen- und innenpolitischen Einheitlichkeit unter der unmittelbaren politischen Verantwortung der Reichsregierung geleistet werden muß, durch Abgabe an die den Reichsministerien nachgeordneten Stellen, Landesregierungen und Gemeinden. Das Kabinett beschloß, bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Materie die Minister zu schriftlichen Urteilen mit kurzer Frist darüber zu veranlassen, wie die Gesichtspunkte der Sparsamkeit und der notwendigen Erfüllung der Staatsaufgaben zu vereinigen sind. Nach Eingang dieser Urteile wird das Kabinett alsbald weiter Stellung nehmen.

*

Beschleunigter Abbau der Kriegsgesellschaften.

Wie bekannt, ist ein Reichsausschuß zur Nachprüfung des Gebahrens der Kriegsgesellschaften eingesetzt worden. Der Unterausschuß, der die Ernährungsgesellschaften zu behandeln hatte, hat sich u. a. auch mit dem Abbau der dem Ernährungsministerium und dem Reichswirtschaftsministerium unterstehenden Kriegsorganisationen beschäftigt. Er hat festgestellt, daß das Reichsministerium seit dem 1. April 1920 den Bestand an Beamten und Angestellten von 10 105 auf 6874, also rund um ein Drittel heruntergedrückt hat. Davon sind allein in den letzten drei Monaten rund 2000 Beamte und Angestellte ausgeschieden. Der Unterausschuß beschloß, daß die Auflösung eines wesentlichen Teiles der Kriegsorganisationen bis zum 1. April 1921 beendet sein müsse.

Zum Kampf der Eisenbahner.

Von besonderer Seite erfahren wir aus Berlin: Der drohende Ausstand der Eisenbahner führte in letzter Zeit zu Gerüchten verschiedenster Art, die geeignet waren, erhebliche Unruhe in die Öffentlichkeit zu tragen. So ungeklärt die Verhältnisse in diesem Augenblick auch noch liegen, sind wir doch in der Lage, einige aufklärende Worte dazu zu sagen. Ohne die Gefahr zu unterschätzen, hieße es doch weit über das Ziel hinausschießen, jetzt schon von einer unmittelbar bevorstehenden schweren Krisis zu sprechen. Die Lage ist vielmehr so, daß zurzeit die beiden Kategorien der Eisenbahnarbeiter und der Eisenbahnbeamten im Begriffe sind, sich zusammenzuschließen, um auf diese Weise ihren Forderungen eine besondere Stoßkraft zu verleihen. Wie ist nun die Stellung der Regierung? Was die Eisenbahnarbeiter anbelangt, so schweben schon seit langer Zeit eingehende Verhandlungen, die darauf hinauslaufen, einen neuen Reichslohntarif auszugestalten. Hier ist also die Möglichkeit einer Einigung durchaus noch nicht ausgeschaltet. Bei den Eisenbahnbeamten ist bekanntlich die Regierung ein vorläufiges Zugeständnis dahingehend gemacht, daß die Kinderzulage erhöht und [illegible] bereits vor Weihnachten ausgezahlt werde. Auf diese Bewilligungen hin, die die Beamten nicht befriedigten, in einen Ausstand zu treten, würde schon aus dem Grunde zu verurteilen sein, weil Parlament und Regierung bereits dahin übereingekommen sind, zum Beginn des nächsten Jahres mit einer neuen Beamtenbesoldungsordnung an die Öffentlichkeit zu treten. Der letzte Zustand bedeutet mithin nur ein Übergangsstadium. Da die Regierung fernerhin bereit ist, in loyalster Form weiter zu verhandeln, so liegt weder für die Arbeiter noch für die Beamten zurzeit irgend ein greifbarer Grund vor, zu der zweischneidigen Waffe der Arbeitsniederlegung zu greifen, ehe nicht die letzten Einigungsmöglichkeiten erschöpft sind. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß die Gefahr näher rückt, den Wirtschaftskampf in einen politischen zu verwandeln, indem die radikalen Elemente versuchen werden, die Oberhand zu bekommen. Hier erwächst den Organisationen der Eisenbahnbeamten und der Eisenbahnarbeiter die ernstliche Pflicht, aus dem Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesamtheit des Volkes die Folgerungen zu ziehen und dafür zu sorgen, daß die zurzeit noch auf beiden Seiten bestehende redliche Absicht einer Einigung nicht durch umstürzlerische Elemente gestört oder gar vernichtet wird.

*

Das Porzellangeld kommt!

Wie wir aus Dresden erfahren, hat das Reich die Herstellung und Ausgabe von Porzellangeld im Freistaat Sachsen nunmehr genehmigt. Das Ersuchen stammt noch von dem vorigen Finanzminister. In der staatlichen Porzellanmanufaktur in Meißen wurde schon seit einiger Zeit an der Herstellung des Porzellangeldes gearbeitet; die Finanzhoheit des Reiches verhinderte aber bisher die seit Monaten geplante Ausgabe. Es ist also zu erwarten, daß das Porzellangeld, das vor dem Papiergeld den Vorzug der Handlichkeit und der Sauberkeit hat, bald in größerem Umfange in Umlauf kommt, so daß die Kleingeldnot dadurch wesentlich zum Teil behoben wird. Es werden folgende Münzsorten hergestellt: 20- und 50-Pfennigstücke, ferner Stücke zu 1, 2, 5, 10 und 20 M. Sämtliche Stücke sind aus dem rötlich-braunen Böttcherporzellan gefertigt und mit allegorischen Emblemen, sowie mit dem Meißener Schwertzeichen versehen. Die 10- und 20-Markstücke tragen einen leicht vergoldeten Rand. Wahrscheinlich werden zunächst nur Stücke bis zu 2 M ausgegeben, da beim Reich noch die letzten Widerstände gegen die Ausgabe von Stücken höherer Werte beseitigt werden müssen. Das Reichsfinanzministerium hat in einem Gutachten, ob Sachsen berechtigt ist, Porzellangeld herzustellen, diese Frage bejaht. Allerdings hatte bei Erlaß des Münzgesetzes niemand an die Herstellung von Porzellanmünzen gedacht.

*

Hohneujahr und Frühjahrsbußtag bleiben kirchliche Feiertage im Freistaat Sachsen.

Aus Dresden wird berichtet: Die Landessynode hat in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, den Hohneujahrstag (Epiphaniasfest) und den Frühjahrsbußtag als kirchliche Feiertage beizubehalten. Das Landeskonsistorium veröffentlicht am Mittwoch eine Verordnung, nach der am Hohneujahrstage Gottesdienst stattfindet. Ein gleicher Beschluß ist für den Frühjahrsbußtag noch zu erwarten. Vor allem wird sich die im Januar zusammentretende Synode damit erneut beschäftigen. Da der kirchliche Feiertagscharakter beider Tage nicht mehr von Staats wegen geschützt wird, darf der werktägliche Betrieb in allen Büros, Fabriken und Läden aufrecht erhalten bleiben.

Merseburg und Umgegend.

22. Dezember.

(Weitere Lokalnachrichten siehe Hauptblatt.)

Wählerversammlung der Gemeinde St. Maximi.

Im Vereinshause des Männer- und Jugend-Vereins hatte sich gestern abend eine stattliche Anzahl Gemeindeglieder zusammengefunden, um die am 23. Januar n. J. stattfindenden kirchlichen Wahlen vorzubereiten. Eröffnet wurde die Versammlung im Auftrage des Wahlausschusses vom Konditor Elkner, der sodann dem Pastor Werther das Wort zur weiteren Führung erteilte. Letzterer begrüßte die erschienenen Damen und Herren herzlich und wies auf die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen für unsere evangelische Landeskirche hin. Bisher — so führte der Redner aus — war der Landesherr gleichzeitig erster Patron unserer Kirche und die Hohenzollern haben sich als solche um die evangelische Landeskirche große Verdienste erworben. Alle kirchlichen Vorschriften der Generalsynode erlangten erst durch die Unterschrift des Staatsoberhauptes Gültigkeit. Dies alles fiel mit dem Sturze der Monarchie weg und die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten liegt jetzt in den Händen von drei Ministern. Es gilt nun, für die Kirche einen neuen Rechtsboden zu schaffen; mit dieser Aufgabe wird eine gesetzgebende Versammlung betraut werden, die aus den Wahlen derjenigen kirchlichen Körperschaften hervorgehen soll, deren Wahl jetzt vorbereitet wird. Kirchenräte und Gemeinde-Vertretungen sollen die Vertreter für die neue gesetzgebende Versammlung wählen. Von besonderer Bedeutung ist, daß auch den Frauen sowohl Wahlrecht als Wählbarkeit eingeräumt worden ist. Die Zahl der kirchlichen Vertreter richtet sich nach der Größe der Gemeinde. Für die St. Maximigemeinde sind 14 Kirchenräte und 48 Gemeindevertreter erforderlich. Die Wahl ist insofern beschränkt, als sie an die Eintragung in die Wählerliste gebunden ist. Im Anschluß an diese einleitende Ansprache wies Landessekretär Lüttge auf die Wichtigkeit der heutigen Wahlvorbereitungen hin, schilderte in packenden Worten die Gefahren, welche der Kirche aus der Gleichgültigkeit des größten Teils unseres Volkes, der gesunkenen Moral und der Feindschaft gewisser Kreise erwachsen und betonte besonders, daß man diesen Tatsachen offen und klar ins Auge sehen müsse. Prüfen müsse man aber auch, ob die zur Wahl vorzuschlagenden Gemeindeglieder fähig und willens sind, für das Wohl der Kirche zu arbeiten und mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir brauchen Männer und Frauen, die das Christentum nicht nur selbst betätigen, sondern es auch in andere Kreise zu tragen imstande sind. Diese Pflicht legt uns das Evangelium auf und wenn ihr nachgekommen wird, dann muß es auch bald anders werden. Mit einem Hinweis auf das nahe Fest der Liebe und die sich hier bietende Gelegenheit, den Gaben unterm Weihnachtsbaum das Wort Gottes beizufügen, schloß Redner mit dem Wunsche, daß die Wahlen zum Segen für die Kirche ausfallen mögen. Pastor Werther unterbreitete hierauf die Vorschläge der Wahlkommission, die mit einigen kleinen Änderungen die Zustimmung der Versammlung fanden.

Für den Gemeinde-Kirchenrat werden hiernach vorgeschlagen: Fabrikant Blankenburg, Kaufmann Dobkowitz, Landessekretär Gärtner, Obersekretär Lohrengel, Landessekretär Lüttge, Frau Nulandt, Buchhändler Pouch, Privatmann Rößner, Rentner Rügow, Bankier Schultze und Stadtrat Tänzer. (Die beiden Geistlichen und Erster Bürgermeister Hertzog, als Vertreter des Magistrats gehören der Körperschaft ohne Wahl an.)

Für die Gemeindevertretung werden vorgeschlagen: Badeanstaltsbesitzer Bassenge, Lederhändler Becker, Katasterzeichner Bernstein, Baukommissar Bisplinghoff, Rendant Böhme, Lehrerin Boschütz, Frau Berta Eckardt, Rendant Eichler, Konditor Elkner, Sekretariatsassistent Feistel, Kaufmann Florheim, Schuhmachermeister Förster, Büroassistent Geheb, Sekr.-Assistent Götze, Rentner Hauptmann, Vereinsbankkassierer Hädecke, Frau Marie Henckel, Kaufmann Hübner, Fabrikarbeiter Kagelmann, Mittelschullehrer Keck, Pensionär Kietz, Maschinenmeister Kinne, Bürodirektor Knauf, Frl. Elisabeth Kötteritzsch, Frl. Anna Kraft, Frau Anna Krulick, Lehrer und Organist Löchelt, Kaufmann Arno Meister, Obersekretär Oehler, Kaufmann Paul Pohle, Reg.-Hauptkassen-Buchhalter Pohle, Schlossermeister Pontel, Goldarbeiter Rath, Kaufmann Rulffes, Lehrer Sachse, Rentner Sauerbrey, Bäckermeister Schaaf, Lehrer Scherf, Kaufmann Schurig, Dreher Spott, Frau Reg.-Rat v. Sydow, Oberlehrer Dr. Taube, Müller Uhlrich, Verbandsinspektor Völkerling, Sekr.-Assistent Paul.

Amtliche Bekanntmachungen

für den Kreis Merseburg.

Stück 99 — Merseburg, 22. Dezember — 1920

545] **Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1920.**

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Landbezirk des Kreises Merseburg aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1920 — bis spätestens Ende Januar 1921 — dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

Auch kleinste Betriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 M Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetze vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Engelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Ordnungsstrafen bis zu je 500 M erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu zwei Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramt kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die im übrigen durch Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Merseburg, den 20. Dezember 1920.

Kreisausschuß Merseburg. Umsatzsteueramt.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

546] Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat abweichend von den Bestimmungen der Verordnung vom 19. Oktober 1920 mit der Ausstellung der Erlaubnisscheine für den Ankauf von Kartoffeln vom Erzeuger die Leiter der Kommunalverbände beauftragt.

Diese Erlaubnisscheine sind ungültig.

Allgemein sind nur solche Personen zum Ankauf von Kartoffeln vom Erzeuger in der Provinz Sachsen berechtigt, welche im Besitz eines Erlaubnisscheines des Herrn Oberpräsidenten (Provinzial-Kartoffelstelle) sind.

Merseburg, den 17. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V.: Langer, Kreisdeputierter.

547] Der Herr Minister des Innern hat zugleich im Namen des Herrn Finanzministers durch Erlaß vom 30. v. Mts. genehmigt, daß die Ziehung der dem Verein „Deutschlandsspende für Säuglings- und Kleinkinderschutz in Charlottenburg, Mollwitz-Frankstraße" ausnahmsweise bewilligten Geldlotterie zur Förderung seiner Zwecke (Reg.-Amtsbl. 1918 S. 236) am 12., 13. und 14. Mai 1921 stattfindet. Der Verein ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß er mit Erteilung dieser Genehmigung die Verpflichtung übernimmt, den Reinertrag lediglich zu den in der Genehmigungsverfügung angegebenen Zwecken zu verwenden und daß er sich den Kontrollmaßnahmen, durch die die planmäßige und sachgemäße Verwendung des Reinertrages der Lotterie sichergestellt werden soll, zu unterwerfen hat. Zur Bestreitung von Verwaltungskosten des Vereins darf der Reinertrag keinesfalls verwendet werden. Ferner ist jeder Loseverkäufer verpflichtet, vom 8. Tage nach der Ziehung laufend 3 Monate lang eine polizeilich abgestempelte, stets vollständige Gewinnliste zur unentgeltlichen Einsicht für jedermann in seinen Geschäftsräumen auszulegen.

Die Überwachung des Unternehmens wird durch den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin bewirkt werden.

Merseburg, den 7. Dezember 1920.

Der Regierungspräsident.

548] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in den Gehöften von Ostmann und Erfurt in Merseburg; Mühlmann in Peißen; Krause in Göhren; Schäferei des Rittergutes Dölkau in Göhren; Rittergut in Teuditz; Schirmer in Daspig; Langrock und Max Herfurth in Spergau; Schmidt, Ditehen und Jünger in Collenbey; Hofmann in Rampitz; Linder in Zscherneddel; Tuchel in Angersdorf; Lüttig, Kluge und Felgner in Röglitz; Rittergüter in Oberthau und Ermlitz.

Die Sperrmaßregeln werden aufgehoben.

Merseburg, den 22. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

549] Nach § 4 Abs. 1 der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft vom 19. September 1920 (R.-G.-Bl. S. 1675) gilt die gemäß § 2 dieser Verordnung erteilte Erlaubnis für den Viehhandel für den Bezirk der Behörde, die die Erlaubnis erteilt hat. Außerhalb dieses Bezirkes gilt sie nur für Viehmärkte und für den Ankauf vom Viehhändler.

Ein in der Provinz Sachsen zugelassener Händler, der keine weitere Erlaubnis besitzt, hat daher in allen Fällen, auch wenn er auf Viehmärkten oder vom Viehhändler außerhalb der Provinz Sachsen kauft, die vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bezogenen Schlußscheine zu verwenden und eine Ausfertigung derselben auch über die außerhalb der Provinz getätigten Viehankäufe usw. dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen einzureichen.

Ein in der Provinz Sachsen zugelassener Händler, der außerdem im Besitz von Erlaubniskarten zum Viehankauf anderer preußischer Oberpräsidenten oder der entsprechenden Behörden anderer deutscher Länder ist, ist verpflichtet, für Viehankäufe, die er außerhalb der Provinz Sachsen vornimmt, von der für diesen Bezirk zuständigen Behörde Schlußscheinhefte zu beziehen, die darin enthaltenen Schlußscheine für Viehankäufe usw. in diesem Bezirk zu verwenden und die eine Ausfertigung des Schlußscheines dann an diejenige Behörde zu senden, von der das Schlußscheinheft bezogen worden ist.

Händler usw., die mehrfach Erlaubniskarten zum Viehhandel usw. besitzen, haben also sich stets der Schlußscheine derjenigen Behörde zu bedienen und die eine Schlußscheinausfertigung auch an diejenige Behörde einzusenden, die für den Ort des Geschäftsbeschlusses zuständig ist.

Magdeburg, den 8. Dezember 1920.

Der Oberpräsident.

Merseburg, den 11. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V. Langer, Kreisdeputierter.

550] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Landwirts Gustav Kundius in Meuschau bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Es treten die in der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungspräsidenten vom 13. Juli 1920 (Amtlicher Anzeiger Stck. 61 Nr. 416) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 22. Dezember 1920.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0006

Weise, Frau Professor **Warnele**, Ingenieur **Wilhelm Wiegand** und Bäckermeister **Zinsle**.

Da die Wahlvorschläge bis zum 31. Dezember d. J. einzureichen sind, wurden noch die hierzu erforderlichen 20 Unterschriften gesammelt und darauf die Versammlung mit Dankesworten für das Erscheinen vom Pastor Werther geschlossen.

*

** **Militärpapiere für versicherungspflichtige Kriegsteilnehmer.** Die der Angestelltenversicherung unterliegenden Kriegsteilnehmer sind vor einiger Zeit darauf hingewiesen worden, daß sie, um ihre Ansprüche nicht zu verlieren, sich in den Besitz ausreichender Militärpapiere setzen müssen. Nach dem jetzigen Stand des Heeresabwicklungsgesetzes dürfen Pässe nicht mehr ausgestellt werden. Seitens des Reichsabwicklungskommissars ist indessen an die Abwicklungsämter eine Verfügung dahin ergangen, Antragstellern eine kurze Bescheinigung auszustellen, enthaltend Name, Datum und Ort der Geburt, Dienstzeit mit Angabe, ob Feldzugsteilnehmer, und den letzten Truppenteil. Eine derartige Bescheinigung würde von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als ausreichend angesehen werden. Es wird daher den Angestellten empfohlen, sich solche Bescheinigungen zu verschaffen. Ihr Inhalt kann in die von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ausgegebenen „Anträge auf Übersendung eines Kontoauszuges" eingetragen und beglaubigt werden. Die Beglaubigung kann entweder durch die Polizei oder durch die Reichsversicherungsanstalt und die Ortsausschüsse der Vertrauensmänner erfolgen.

** **Lungenkrankenfürsorge.** Aus der deutschen Wehrmacht zur Entlassung kommende Lungenkranke haben in der Regel ein längeres Heilverfahren hinter sich. Zur weiteren Fürsorge werden sie bei ihrer Entlassung den amtlichen Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge genannt, um diesen Gelegenheit zu geben, für den Kranken und seine Familie rechtzeitig Fürsorgemaßnahmen zu treffen. Die Fürsorgestellen führen dann die noch etwa erforderliche weitere ärztliche Behandlung herbei und helfen auch sonst unter Inanspruchnahme der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel. Daneben bleibt es lungenkranken Kriegsbeschädigten unbenommen, jederzeit die Gewährung eines Heilverfahrens beim zuständigen Versorgungsamt zu beantragen. Übrigens wird nach Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum neuen Reichsversorgungsgesetz den dienstbeschädigten früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht, also auch den Lungenkranken, soweit ihnen Versorgung nach diesem Gesetz zusteht, die Möglichkeit gegeben sein, zur Erlangung ärztlicher Behandlung unmittelbar die Hilfe einer Krankenkasse in Anspruch zu nehmen.

** **Abgabe von Leihpferden durch die Militärverwaltung.** Das Wehrkreiskommando IV weist nochmals darauf hin, daß Gesuche um leihweise Überlassung von Pferden zur Vermeidung von Rückfragen von den Landwirten und von solchen Siedlungs- und Arbeitsgenossenschaften, die aus ehemaligen Heeresangehörigen bestehen, unmittelbar an einen in der Nähe gelegenen Reichswehrtruppenteil und nicht an das Wehrkreiskommando IV zu richten sind. Für Abgabe von Leihpferden kommen nachstehende Truppenteile in Frage: für Magdeburg: Artillerie 16, Stafselstab 4, für Halberstadt, Dessau, Burg, Halle und Altengrabow: Artillerie 16, für Stendal: Reiter-Regt. 3, für Torgau: Reiter-Regt. 10.

** **Die neuen Briefmarken.** Mit der Ausgabe der neuen Markenserien wird in nächster Zeit, wahrscheinlich im Januar, begonnen werden können. Drucktechnische Prüfungen haben derzögernd gewirkt. Zuerst werden die von Willi Geiger, dem Münchener Künstler, entworfenen fleinten Markenwerte von 5 bis 30 ℳ ausgegeben werden. Die große Zeichnung der Ziffern steht auf dunklem Grunde in einer straffen Umrahmung, darüber in deutschen — leider nicht mehr in lateinischen — Lettern: Deutsches Reich. Die 40-Pfg.-Marke wird nach dem Entwurf des Münchners Paul Neu ausgeführt. Die Marke zeigt Schmiede bei der Arbeit. Die höheren Werte, von 1 ℳ aufwärts, werden im Mittelfelde den Reichsadler enthalten. Weiter kommen für die neuen Marken zwei beim allgemeinen Wettbewerb preisgekrönte Entwürfe zur Verwendung, der von Willi Sejestofer — ein Wappen in ovaler Umrahmung — und von Hermann Haas-München mit einem Queroval. Für die neue Postkarte wird ein Entwurf von Walter Schnarrenberger verwendet. Hoffentlich kommen nun auch bald anständige Formen für die neuen Dienstmarken und Einkommensteuermarken heraus.

** **Die Bedeutung des Zoologischen Gartens zu Halle a. S.** Von seiten hiesiger Naturfreunde wird uns geschrieben: Ab und zu hört und liest man, daß irgendwo ein Zoo aufgelöst werden müßte, weil er in der wirtschaftlich schweren Zeitzeit nicht mehr bestehen könnte. Es ist schon wohl allen Zoologischen Gärten geht es nicht mehr so wie in Friedenszeiten, alle haben zu kämpfen. Futtermittelnot, hohe Arbeitslöhne, geringe Zufuhr von exotischen Tieren zu ungeheuerlichen Preisen und wenig Verständnis für die Zwecke eines Zoos sind Erscheinungen der neuen Zeit. Was will nun eigentlich ein Tiergarten? Der Naturfreund weiß, wie schwer es ist, im Freien die Tierwelt zu beobachten, wie viel Zeit und Mühe es erfordert, um irgend ein Lebewesen genau betrachten und seine Lebensgewohnheiten, sein ganzes Gebaben und Geberen kennen zu lernen. Bücher sind wohl ein Erfordernis, um vor der Beobachtung am Lebenden das Tier kennen zu lernen, aber zu dem Beobachten im Leben selbst können sie uns nicht verhelfen. Da will der Zoo einspringen, da will er dem Besucher das Tier auf bequeme Weise vorführen und ihm Gelegenheit geben, alles das an ihm zu sehen, was sehenswert ist. Dem Lehrer ist er eine große Hilfe in naturwissenschaftlichem Unterricht und der ethischen Erziehung der Kinder; dem Künstler nicht er seine Modelle bequem vors Auge, und nicht zuletzt kann er der Volkswirtschaft helfen, indem er zur Kleintierhaltung anregt. Die Mittel zu all diesen sind zahlreich, und sie liegen nicht nur auf rein zoologischem Gebiete. Wenn wir unseren Halleschen Garten bei dieser Betrachtung zugrunde legen, so werden wir sehen, daß der Zoo auch die Kenntnis der Pflanzenwelt, die Heimatkunde und vieleicht später wieder die Völkerkunde fördern kann. Nicht Geringes leistet der Garten für die reine Wissenschaft. Eingegangene Tiere werden den Universitätsinstituten zur Untersuchung, zu wissenschaftlichen Präparaten, endlich zum Ausstellen der ausgestopften Tiere in den Museen überwiesen. Wissenschaftler kommen und nehmen Messungen am lebenden Tier vor, die zu vergleichend-anatomischen Studien benötigt werden. Physiologen benutzen die Insassen zu manchen Gebieten zum Studium von Gehirntätigkeiten. Auch lebendes Material zur Blutuntersuchung und Impfung liefert der Garten dem Wissenschaftler. Führungen durch den Zoo unterstützen diese Bestrebungen auf zoologischem Gebiete, sie sollen die Besucher dem Leben der Tiere näherbringen, Vorträge mit Lichtbildern, teils öffentliche, teils in Schulen und Vereinen werden gehalten. Eine eigene kleine Zeitschrift, die „Mitteilungen aus dem Zoologischen Garten der Stadt Halle a. S.", bringt populäre Artikel über besonders hervorstechende Tierarten mit im Garten aufgenommenen Bildern. Auch der Pflanzenfreund kommt im Zoo auf seine Kosten. Viele einheimische und auch ausländische Baum- und Straucharten birgt der Garten. Prachtvolle Koniferen sind in mannigfachen Formen und Farben vertreten, hohen Baumwuchs der verschiedensten Laubhölzer trägt der Nordteil des Gartens, während die Südwestseite fast ganz mit Flieder und Goldregen bestanden ist. Ein alpiner Staudengarten am Südhange zeigt den ganzen Frühling, Sommer und Herbst prachtvolle farbenfreudige Bilder, so daß auch der wissenschaftliche Botaniker manche Pflanze vorgeführt sieht, die er sonst nur in unseren Gebirgen finden dürfte. Die geologische Formation des Halleschen Berggartens ist ebenfalls hochinteressant, an ihr kann der Lehrer sehr schön seinen Schülern die eigenartigen Verhältnisse unserer Porphyrgruppen an der Saale und ihre eruptive Entstehung zeigen. Alljährlich sieht man unsere wissenschaftlichen Geologen mit Hämmern bewaffnet im Kreise ihrer Studenten den Reilsberg genau untersuchen, denn gerade er gibt charakteristische Aufschlüsse über die Porphyrformationen. Möge der Halleschen Zoo eine Stätte der Stadt Halle und eine Freude für den ganzen Saalkreis bleiben.

Handel — Verkehr — Industrie.

Handelspolitischer Rückblick.

Der Streit um Reichsnotopfer und Zwangsanleihe scheint bereits dahin entschieden zu sein, daß man die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers nach dem soeben zustande gekommenen Kompromiß durchführt, die Zwangsanleihe dagegen für später zurückstellt. In der Tat darf man gerade die Frage der Vermögensbesteuerung nicht ausschließlich vom finanziellen und steuertechnischen Standpunkt aus betrachten, sondern muß die wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken. Es ist vielleicht ein Fehler, der nicht ohne schädliche Folgen bleiben wird, daß seit Dernburgs Rücktritt nur Finanzsachleute, aber keine Wirtschaftskenner an der Spitze des Finanzministeriums standen. Gegen die Zwangsanleihe wird zunächst das Bedenken erhoben, daß durch ihre gleichzeitige Auflegung mit der Erhebung des Reichsnotopfers den Betrieben das bringend nötige Kapital entzogen würde. Ferner wird aber auch von Sachkennern gesagt, daß das Hauptübel, die Geldinflation, durch eine Zwangsanleihe gar nicht beseitigt werden kann.

Die Industrie trifft nach wie vor weitgehende Vorkehrungen gegen die erwartete Kapitalnot. Die Fusionen in der Großindustrie schreiten fort. Erwähnt sei nur der Zusammenschluß des Köln-Neuessener Bergwerkvereins mit dem Stahlwerk Hoesch, die bereits ausgedehnte Kohlenbergwerke, daneben aber mächtige Hochofenanlagen, Erzgruben und weiterverarbeitende Betriebe besitzen. Auch diese Fusion gehört also in das Gebiet der vertikalen Vertrustung.

Das Ergebnis der zurzeit tagenden Brüsseler Finanzkonferenz ist noch immer völlig unübersehbar. Weitgehende Hoffnungen werden nirgends mehr an sie geknüpft, nachdem die Reden französischer Staatsmänner gezeigt haben, daß Frankreich noch immer fest entschlossen ist, das System der Zitronenpresse rücksichtslos gegen Deutschland zur Anwendung zu bringen. Es liegen auch keinerlei Anzeichen dafür vor, daß ihm dabei irgend jemand in den Arm fallen wird. Auch das Abkommen von Spa muß baldigst einer Nachprüfung unterzogen werden. Frankreich selbst heute sogar der einzige Vorwand, unter dem es seinerzeit das die deutsche Industrie langsam aber sicher ruinierende Spaer Abkommen erpreßt hat. Damals konnten die Franzosen noch behaupten, daß ihnen die deutsche Kohle für den Wiederaufbau ihres verwüsteten Landes unentbehrlich sei. Heute können sie nach den großen Wirtschaftskrisen in England und Amerika soviel Kohlen auf dem Weltmarkt einkaufen, wie sie wollen und brauchen. Die internationalen Kohlenpreise sind ganz erheblich gefallen, und bereits wird in der französischen Presse angekündigt, daß Frankreich die Barzuschüsse, die es nach dem Abkommen von Spa für die deutschen Kohlen leistet, nicht mehr weiter zahlen könne. Man wolle vielmehr volle Anrechnung der Beträge auf das Wiedergutmachungskonto durchsetzen. Demgegenüber muß Deutschland vor allem eine Herabsetzung seiner Lieferungsverpflichtung verlangen. Nur unter schwerster Schädigung der deutschen Wirtschaft konnten die bisherigen Lieferungen bei Anspannung aller Kräfte aufrecht erhalten werden. Den Bergleuten im Ruhrrevier gebührt der Dank des gesamten deutschen Volkes, daß sie durch die Steigerung ihrer Produktion die Erfüllung unserer Vertragsverpflichtungen überhaupt ermöglicht haben. Auch im Monat November konnte wieder eine Erhöhung der durchschnittlichen Tagesförderung um rund 19 000 Tonnen erzielt werden.

Zur Bekämpfung der heftigen Schwankungen der deutschen Valuta hat man das seinerzeit so heiß umstrittene Börsengesetz reformieren müssen und die Erhebung des Differenzeinwandes für den Termin-handel in Devisen beseitigt. Unverändert hält dagegen der bedauerlich niedrige Stand der Markvaluta an, der auch verbindert, daß die deutsche Wirtschaft aus dem allgemeinen Preissturz auf den Weltmärkten für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen größere Vorteile ziehen kann.

*

= **Der Markkurs notierte am Dienstag in Zürich 9,12½ Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,2½ Centimes gestiegen.** An Amsterdam wurden für die Mark 4,45 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verbesserung um 0,07½ Cents bedeutet.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Haftung des Theaters für abhanden gekommene Garderobenstücke.** Mit einem interessanten Streitfalle hatte sich das Reichsgericht zu beschäftigen. Am 26. Januar 1919 ist im Stuttgarter Hoftheater einer Frau C., langjährigen Abonnentin des Theaters, ihr kostbarer Pelzmantel im Werte von 10 000 ℳ aus der Garderobe abhanden gekommen. Wie festgestellt wurde, hat die Garderobenfrau den Mantel auf bloßen Zuruf der Garderobennummer einer fremden Person ausgehändigt, ohne sich von dieser die Garderobenmarke zurückgeben oder wenigstens vorzeigen zu lassen. Frau C. klagte gegen den Württembergischen Staat als Inhaber des Staatstheaters auf 10 000 ℳ Schadenersatz. Das Landgericht Stuttgart verurteilte den Staat, zwei Drittel des Schadens zu ersetzen, und wies die Klägerin mit einem Drittel wegen mitwirkenden eigenen Verschuldens ab, weil es fahrlässig von ihr gewesen sei, einen so kostbaren Mantel ins Theater mitzunehmen. Das Oberlandesgericht Stuttgart dagegen hat dem Grunde nach den Staat im vollen Umfange zum Schadenersatz verurteilt. Es führt aus, daß die Haftung des Beklagten aus dem mit der Klägerin geschlossenen Verwahrungsvertrag schon deshalb gegeben sei, weil die Behauptung der Klägerin, daß die Garderobenfrau den Mantel vorsätzlich beiseite gebracht habe, von dem Beklagten nicht widerlegt werden könne. Wolle man aber auch nicht vorsätzliches Handeln der Garderobiere annehmen, so habe sie doch jedenfalls grob fahrlässig gehandelt. Deshalb könne es auch der Klägerin nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß sie mit einem so wertvollen Mantel das Theater besuchte. Das Reichsgericht hat dieses Urteil bestätigt und die von dem württembergischen Staate versuchte Revision zurückgewiesen.

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen zu bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

1 Schlafstelle offen
Leunaer Straße 30.

Junger Kaufm. sucht 1. Januar
gut möbliertes Zimmer.
Gefl. Angebote unter 2913 an die Exped. d. Bl.

Junger solider Mann sucht
einfach möbliertes Zimmer mit Schlafgelegenheit
für sofort oder ab 1. Januar. Ang. u. „2912" a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer oder möbl. Wohnung von besserem Herrn per sofort oder 1. 1. 21 gesucht. Gefl. Angebote unter 2911 an die Exp. d. Bl.

II. Hypothek.
13500 Mk.
zum 1. Januar 1921 von Beamten gesucht. Selbstgeber. Off. unter 2906 an die Exp. d. Bl.

Kleiderschrank
zu kaufen gesucht. Angebote unter 2908 an die Exp. d. Bl.

Brauner Knaben-Mantel
für 12—14 J. zu verkaufen
Rosental 10, part.

Tibet-Boa
preiswert zu verkaufen
Obere Burgstr. 13.

Neue Kinderschuhe,
Größe 25 und 37, billig zu verkaufen
Breite Straße 11, part

Ein fastformiges Klavier
zu verkaufen Leuna 21.

Ein noch sehr gut erhaltenes **Piano**
ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Zwei noch gut erhaltene **Hängelampen**
billig zu verkaufen
An der Geisel 1, Laden.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Vermählung sagen wir allen herzlichen Dank.

Georg Steinbach u. Frau
geb. Ziliger.

Am Montag, den 20. Dezember, nachmittag verschied mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwager

Heinrich Lehmann

im 71. Lebensjahre.

Merseburg, den 22. Dezember 1920.

Um stilles Beileid bitten:

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 2 Uhr von der Kapelle des Altenburger Friedhofes aus statt.

Am 20. d. Mts. verschied im Alter von 70 Jahren unser langjähriger treuer Mitarbeiter,

der Eisendreher

Heinrich Lehmann.

Ueber 35 Jahre war er in unserer Maschinenfabrik beschäftigt und war durch seine treue, unermüdliche Pflichterfüllung seinen Mitarbeitern stets ein leuchtendes Beispiel. Wir verlieren an dem Heimgegangenen einen Mann von lauterem Charakter und Herzensgüte, der uns allen unvergeßlich bleiben wird und werden wir sein Andenken hochhalten.

Merseburg, den 22. Dezember 1920.

Die Direktion, die Beamten u. die Arbeiter der Th. Groke Aktiengesellschaft.

Todes-Anzeige.

Heute früh 5 Uhr starb nach schwerem Leiden unsere liebe

Gertrud

in ihrem 12. Lebensjahre.

Dies zeigt hiermit schmerzerfüllt an

Familie Gustav Mohr.

Merseburg, den 22. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet am 1. Feiertag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause Breitestr. 19 aus statt.

Nachruf!

Am 20. d. Mts. früh 1 Uhr ist unser lieber Kamerad der Fliegliche

Reinhold Müller

— Ritter d. Eis. Kr. 2. Kl. —

verstorben.

Mit ihm ist ein wahrer Menschenfreund und lieber Kamerad aus unserer Mitte geschieden. Im Frieden militärisch als Krankenpfleger ausgebildet, stellte er sich bei Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 im nicht mehr militärpflichtigen Alter von 51 Jahren zur Verfügung.

Im Kriegslazarett Douai hat er in den Jahren 1914/16 treue, kameradschaftliche Dienste geleistet. Unzählbaren Kameraden hat er durch seine sorgliche, aufopfernde Krankenpflege das Leben gerettet, bis er selbst den giftigen Keim einer inneren Krankheit in sich aufgenommen, der ihn zwang, seine militärischen Dienste als Krankenpfleger aufzugeben.

Den giftigen Keim in sich fühlend, hat er die langen Jahre, ohne zu klagen, dem Tod als gläubiger Christ ins Auge geschaut und ist mit dem erhabenen Bewußtsein gestorben, anderen geholfen und für sie sein Leben gelassen zu haben.

Lieber Kamerad! Du hast Deine Lebensbahn gut vollendet; wir sehen mit Stolz auf sie zurück. In unserem Verein hast Du Dir eine bleibende Erinnerung gestiftet.

Ruhe in Frieden!

Merseburg, den 21. Dezember 1920.

Verein ehem. 12. Husaren Merseburg und Umgegend.

Empfehle mein großes Lager in

Hüten, Mützen, Selbstbindern, Krawatten, Handschuhen, :: Hosenträgern usw. ::

Allerbilligste Preise. Große Auswahl.

Karl Köppe, Gotthardtstrasse 24.

Wieder eingetroffen

= Linoleum-Bohnermasse =

in bekannter Qualität

bei **Otto Dobkowitz.**

Praktische Weihnachts-Geschenke:

Luxus- und Gebrauchsartikel

in Gold — Silber — Alpacca — Nickel etc.

Trauringe.

Paul Rath Goldschmied

Burgstraße 15.

Eigene Werkstätte! Reelle Preise!

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich wieder meine

Fleischerei

und empfehle Fleisch- und Wurstwaren.

Karl Sternberg, Leunaer Straße 30.

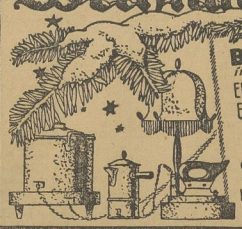
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0007

Als passendes
Weihnachtsgeschenk.
Eine noch sehr gut erhaltene Scheibenbüchse mit allem Zubehör, sowie ein Satz fast neue Kugeln, für Kinder, steht billig zu verkaufen
Neumarkt 32, 2 Tr. l.

Kinderzinkbadewanne, Schlittschuhe und Mantel
für 10jähriges Mädchen zu verkaufen Merseburg, Neuestr. 4

Holl. Schlittschuhe
für Herren billig zu verkaufen An der Geisel 8.

Weihnachts-Verkauf



Beleuchtungskörper
in geschmackvollster Ausführung.
Elektr. **Bügeleisen u. Kochtöpfe.**
Elektr. **Christbaum-Beleuchtungen.**
Taschenlampen
in großer Auswahl.
Landkraftwerke Leipzig
Verkaufsstelle: **MERSEBURG**, Gotthardtstr. 22
TELEFON No. 221.

Tivoli-Theater, Merseburg, Direktion: **A. Dechant**
Sonnabend, d. 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag) ab. 7 Uhr
Großer Operetten-Abend
Zum 1. Male! **O schöne Jugendzeit.** Novität!
Biedermeieroperette in 3 Akten von Walther Gerche.

Ratskeller Restaurant.
1. und 2. Weihnachtsfeiertag von 11—1 Uhr großes **Frühschoppenkonzert.**
Frühstückskarte zu mäßigen Preisen!
Mittagstisch von 12 bis ½2 Uhr!
Von 4 bis 11 Uhr **Künstler-Konzert.**
Dir. Konzertmeister **Putler.**
Eintritt frei! Otto Kießler.

Zum Weihnachtsfeste:

lebende Spiegelkarpfen, lebende Schleie
empfiehlt und nimmt Bestellung entgegen
Emil Wolff. Roßmarkt.

Harzkäse
nur Qualitätsware, in Kisten zu 60 und 70 Stück, sowie
ff. Limburger
empfiehlt zu billigsten Preisen
Kurt Wünsche, Käse-Handlung,
Merseburg, Bismarckstr. 48, Blancke-Siedlung.
Telephon 607. Telephon 607.

Heringssalat, hochfein im Geschmack,
a Pfund Mk. 10.00
empfiehlt **Emil Wolff.**

Frischgeschossene
Hasen
auch zerlegt, empfiehlt
Emil Wolff.

So'inger Stah'waren:
Tischbestecke, Taschenmesser, Scheren, :: Rasiermesser, Rasierapparate usw., ::
ferner:
Küchenartikel:
Kaffeemühlen — Fleischhackmaschinen
Reibemaschinen Brotschneidemaschinen
— Teller- und Tafelwagen usw. —
empfiehlt sehr preiswert
Carl Baum, Kl. Ritterstr. 14.
Stahlwaren-Spezialgeschäft.

Frauringe
ohne Lötfuge
D.R.P.
Massiv Gold
333 585 750 u. 900 gestempelt
in allen Weiten u. verschiedenen Preislagen am Lager
Goldscharnier
Paar v. Mk. 40,— an.
Hermann **Schladitz**
Merseburg
Kleine Ritterstr. 11

Schaukelpferd
zu verkaufen Kloster 2, part.

Gut erhaltenen gelben Puppenwagen, 6 Stück neue Kindertischchen, pro Stück M. 40, und 1 neuen Kleiderschrank hat preiswert abzugeben Neu-Rössen, Kurze Gasse 8.

Großer Puppenwagen mit Gummir., Kinderschuhe (35) u. schw. Winterüberzieher, gut erhalten, preisw. zu verkaufen. Neu-Rössen, Merseburgerstr. 70.

Einige alte und neue
Puppen zu verkaufen.
Auch Puppen zum Ankleiden werden angenommen.
Weißenfelser Str. 7, 1 Tr.

Truthähne zur Zucht verkauft
Erfurt, Clobicauer Str. 5.

Junge, tragende **weiße Ziege** zu verkaufen
Neu-Rössen, Merseburg, Str. 83.

Wie
Natur-Butter
schmeckt meine vorzügliche
Tafel-Margarine
a Pfund 14 Mk.
A. Speiser,
Breite Straße 13.

Geldschränke, Kassetten Mauerschränke sof. lieb Preisl. umt. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Auf Teilzahlung
liefere
Anzüge, Herren-Ulster
in allen Preislagen
Kluge, Halle, Lessingstr. 101.

Junger Kaufmann sucht
Unterricht in Schreibmaschine.
Werte Ang. u. 2914 a. d. Exp.

Für
Seifenpulver, Schmierseife
sucht
tüchtige Vertreter
F. W. Paul Richter,
Halle a. S.

Jugendlicher Arbeiter
von 14—15 Jahren findet für sofort dauernde Beschäftigung
Mühlpfordt Söhne.

Kartonnagen-Zuschneider,
tüchtiger, fleißiger, selbständiger Arbeiter, wird gesucht.
C. Görling G. m. b. H.

Suche für Ostern 1921 **1 Lehrling** mit guter Schulbildung für mein Zigarren-Detail und Engros-Geschäft **Hermann Pfautsch,** Zigarrenfabrik, Gotthardstr.

Erfahr. Alleinmädchen
zum 1. Januar oder später gesucht. Frau Geheimrat Schede, Karlstraße 31.

Ein neuer Kinder-Gummischuh verloren!
von der Teichstraße bis Damm Gegen gute Belohnung abzugeben Teichstr. 5, 2 Tr.

Kleine braune Marder-Boa
Montag abend zwischen Konditor Eckner, Ritterstr., elektrische Bahn verloren, gegen Belohnung abzugeben Schloß Scopau.

Das gute billige Buch.
Ausstellung guter preiswerter Bücher für den Weihnachtstisch im „Herzog Christian".
Bis Weihnachten geöffnet täglich von 8—6 Uhr.

Spergau. Gasthaus zur Linde.
Sonnabend, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), Anfang 7 Uhr
großer Theaterabend,
wozu freundlichst einladet Männer-Gesang-Verein.
Der Vorstand.

Strandschlößchen.
Der Gesellschafts-Verein „Euterpia"
hält Sonnabend, den 25. Dezember (1. Feiertag),
großen Theater-Abend
ab. Anfang 7½ Uhr. Zur Aufführung gelangt:
Zum ersten Male: **„Uebern großen Teich".**
Ein Lebensbild mit Gesang und Tanz in 5 Abteilungen von Adolf Philipp.
Sonntag, den 26. Dezember (2. Feiertag),
Großer Ball.
Flotte Musik! Neueste Tänze!
Gelach-Orchester!
Unsere sonst eingeladenen Gäste wollen. Der Vorstand.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Klubsessel, neu, mit Gobelinbezug, in hochfeiner, friedensmäßig. Anfertigung, verkauft für M. 1800
Fritsche, Wagnerstr. 6.

Achtung! Achtung!
Wenn Sie
Elektrische
Beleuchtungskörper, Koch-, Plätt- und Heizapparate
sowie
Zubehörteile aller Art
kaufen wollen, versäumen Sie nicht, meinen
Ausstellungsraum
Merseburg, Domstr. 13
aufzusuchen Ich liefere die einfachsten wie die feinsten Ausführungen zu Vorzugspreisen.
— Besichtigung ohne jeden Kaufzwang. —
Tel. 312. **Max Friedrich.** Tel. 312.

Pfaff Nähmaschinen
für Haushalt und Gewerbe, mustergültiges deutsches Fabrikat von hoher Vollendung empfehlen bei erleichterten Zahlungsbedingungen z. billigst. Preisen
Gustav Engel Söhne
Telephon Nr. **203**

Flora-Parfümerie
Otto Stiebritz
Gotthardtstrasse 48.
Parfümerien,
Seifen,
Toilette-Artikel
in
vornehmer Geschenkausstattung.
Abteilung Konfitüren
Schokolade -- Pralinen
erster Fabrikate in auserlesenen Geschmacksrichtungen.

Als Weihnachts-Geschenk
empfehle ich:
Taschenuhren in allen Preislagen,
Gold. Herren- u. Damenringe, Uhrarmbänder, bill.,
Freundschaftsbänder von M. 15 an,
Stockgriffe, Alpacca, sehr preisw., Ohrringe in groß. Ausw.,
Zigarettenspitzen von 10,— Mk.
Zigarettenetuis von 12,— Mk. an,
Alpacca-Taschen, Ausnahmepreis.
Fugenlose Trauringe 333 gest. v. 180,— Mk. d. Paar,
585 gest. v. 350,— Mk. d. Paar.
Gottfried Schraut, Halle,
Schmeerstr. Nr. 4.

Um allen Irrtümern vorzubeugen
teilen wir hierdurch mit, daß wir in folgenden Orten unsern „Merseburger Korrespondent" durch eigenen Botendienst verbreiten lassen:

Atzendorf	Milzau
Bischdorf	Mücheln
Blösien	Netzschkau
Bündorf	Neumark
Burgstaden	Neu-Rössen
Dörstewitz	Niederbeuna-Dorf
Dürrenberg	Niederbeuna-Kolonie
Eptingen	Nieder-Kriegstedt
Fährendorf	Oberbeuna
Frankleben	Ober-Kriegstedt
Gaswerk-Baracken	Pretzsch
Gesta	Raschwitz
Groß-Gräfendorf	Retzsch
Groß-Kayna	Rössen
Keuschberg	Schadendorf
Klein-Gräfendorf	Schafstädt
Klein-Kayna	Schkopau
Knapendorf	Schladebach
Köschau	Schotterey
Köschen	Spergau
Krakau	Ströbsen
Kriegsdorf	Tragarth
Lauchstedt	Wallendorf
Lennewitz	Wegwitz
Leuna-Dorf	Zöbigker
Leuna-Werke	Zorbau
Löpitz	Zöschen
Lössen	Zscherneddel
Lützendorf	

In alle übrigen Ortschaften des Kreises und weiter darüber hinaus bringt der **Postbote** unsere Zeitung in vielen Exemplaren.

Der Merseburger Korrespondent
ist darum das Bindeglied zwischen Stadt und Land und infolge seiner hohen Auflage, die diejenige aller im Kreise Merseburg hergestellten Zeitungen zusammengenommen um ein Mehrfaches an Abonnentenzahl übertrifft, das Erfolg versprechende Reklame-Feld des Kaufmanns.

Letzte Gelegenheit als Weihnachts-Geschenk!
Stock elfter neuartiger, quadratischer
goldene und silberne Damen-Uhren
bei billigst abzugeben
Franz Kindermann, Uhrmacher, Merseburg 10, Reparaturen werden auf das schnellste und sollideste ausgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk., durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schutz der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernspr. Nr. 324.

Laut den wöchentlich 5 mal. Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 290 — Mittwoch den 22. Dezember 1920 — 47. Jahrg.

Parteiumgruppierungen.

III.

Zentrum oder Partei Stegerwald.

Das Wort vom „Riß im Zentrumsturm" ist allzu oft angeführt worden, der Turm hat durch die verschiedenen kleinen Risse und Sprünge, die sich in den letzten Jahren gezeigt haben, nichts von seiner Widerstandskraft verloren. Ist er diesmal wirklich bedroht, oder ist es wie so oft in den letzten Jahren viel Geschrei um wenig Wolle?

Der preußische Wohlfahrtsminister und Zentrumsmann Stegerwald, der zugleich Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ist, hat Ende November auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Essen eine Rede gehalten, die mit Recht sehr große Beachtung gefunden hat. In dieser Rede hat Stegerwald erklärt, soll Deutschland gesunden, so müssen wir unter allen Umständen auf eine Konsolidierung unseres Parteisystems hinarbeiten. „Eine solche Konsolidierung ist aber nur möglich durch eine gemäßigte Partei, die mindestens ebenso stark ist wie die mehrheitssozialistische." Eine solche Partei müsse sein: „deutsch, christlich, demokratisch, sozial". Diesen Ausführungen kommt deshalb eine ganz besondere Bedeutung zu, weil der Kongreß der christlichen Gewerkschaften den Stegerwald'schen Gedanken einstimmig seine Zustimmung erteilte, so daß ein parlamentarisches Aktionskomitee gewählt wurde, dem die weitere Verfolgung dieser Gedanken obliegt, und die Gründung einer großen Tageszeitung beschlossen wurde, die in den Dienst der Sache gestellt werden soll.

Der Gedanke an diese Partei ist nicht ganz neu. Man muß in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften ihn schon seit längerer Zeit erörtert haben, sonst wäre eine so einheitlige Zustimmung nicht möglich gewesen, und wie man hört, soll Stegerwald schon kurz nach der Revolution den Gedanken, eine neue Partei zu begründen, geäußert haben, da ihm das Zentrum durch seine schwankende Haltung in der Tauchbootfrage und durch sonstige Kriegssünden zu arg belastet erschien. Es entsteht nun also die Frage, will denn Stegerwald überhaupt eine neue Partei? Über diese Frage hat ein großes Rätselraten eingesetzt. Die einen sagen ja, die anderen, und namentlich die Zentrumsblätter, sagen, nein, was Stegerwald will, leistet ja das Zentrum, das ja ohnehin im Begriff ist, sich ein neues Programm zu geben.

Wer hat Recht? Beide, wie uns scheinen will. Stegerwald warnt ja ausdrücklich vor einer weiteren Parteizersplitterung, das sieht also durchaus nicht nach einer „Zertrümmerung des Zntrums" aus, aber ebensowenig läßt er irgend einen Zweifel daran, daß das Vaterland über der Partei stehe, und daß man auch vor dem letzten Schritt nicht zurückschrecken dürfe; das Vaterland muß gerettet werden, selbst wenn die Partei in Trümmer gehen sollte. Das kann doch also wohl nur heißen, läßt sich die „Partei der Deutschen inneren Erneuerung", wie Stegerwald sie nennt, auf dem Boden des Zentrums sammeln, dann geht es mit dem Zentrum, sonst aber muß es eben anders gehen.

Zweifellos wäre dazu aber eine Umstellung des Zentrums nötig. Den Kernpunkt hat Stegerwald wohl in seiner letzten Rede auf dem Parteitag der preußischen Zentrumspartei berührt, als er nochmals auf seine Essener Rede zurücklam. „Die deutsche Reichsverfassung", so führte Stegerwald dort aus, „sieht die Trennung von Staat und Kirche vor. Sobald diese durchgeführt ist, werden die konfessionellen Gegensätze in der Staatspolitik nicht mehr die große Rolle spielen wie ehedem, wo das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in vielen Bundesstaaten ein so enges gewesen ist, wie fast nirgends in der Welt". Darum hat auch Stegerwald in Essen ausdrücklich betont die Rede ist als Band II der „Europäischen Bücherei" erschienen), daß, wenn das große Ziel erreicht werden soll, eine politische Zusammenfassung der positiven Kräfte im katholischen und evangelischen Lager erforderlich sei. Hier liegt für das Zentrum nun das Problem. Der konfessionelle Kitt, der Dank einer falschen Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien, der die widerstrebendsten Interessen im Zentrum zusammenhielt, wird an Wirkungskraft verlieren, je mehr sich die konfessionellen Gegensätze ausgleichen. Wie weit dem das neue Zentrumsprogramm Rechnung tragen wird, muß abgewartet werden. So läßt sich denn auch heute nicht voraussagen, wann und in welchem Umfange sich die Stegerwaldschen Gedanken verwirklichen lassen werden. Man soll nicht übersehen, daß die christlichen Gewerkschaften dahinterstehen, d. h. also doch immer eine Gefolgschaft von etwa 4 Millionen Wählern.

Die Parteien, wie wir sie heute in Deutschland haben, sind ja nichts Endgültiges, Unverrückbares, Unabänderliches. Auch der demokratische Führer Senator Dr. Petersen hat ja erst jetzt in Nürnberg wieder betont, daß die jetzigen Parteischranken nicht etwa Naturnotwendiges seien, sondern er hat die Möglichkeit von Um- und Neubildungen erkannt. Die Dinge kommen langsam, sehr langsam in Fluß. Niemand wird annehmen können, daß der morgige Tag oder der nächste Monat nun neue Resultate bringe. Es muß zunächst genügen, auf das Problem einmal hingewiesen zu haben. Deutschland, so heißt es bei Stegerwald mit Recht, ist „in die parlamentarische Regierungsform eingetreten mit einem Parteisystem, das sich in 50 jähriger Entwicklung unter absolut anderen Bedingungen und zur Erfüllung von Aufgaben herangebildet hat, die völlig verschieden sind von den heutigen. Das ist die Kernfrage unserer heutigen politischen Lage, ohne deren auch nur einigermaßen befriedigende Lösung es keinen Wiederaufstieg Deutschlands geben wird, neue Spannungen sich bilden werden, die zu gewaltigen Entladungen drängen."

Wer nicht parteipolitisch vollständig „verbonzt" ist, der wird den Versuch Stegerwalds beachten müssen nach einem Weg, der hinausführt zu einem glücklichen und freien Deutschland.

Eine stürmische Sitzung im Berliner Rathaus.

Berlin, 22. Dez. Als Auftakt zu der gestrigen Berliner Stadtverordnetensitzung zogen die Arbeitslosen von den Versammlungssälen nach dem Rathaus, das sie förmlich belagerten. Da schon am Morgen Arbeitslose mit Gewalt vorzugehen drohten, so hatte ein größeres Polizeikommando vor und in dem Rathause Aufstellung genommen. Die Kommunisten brachten darauf sofort zu Beginn der Sitzung einen Antrag ein, die Sitzung zu vertagen, bis die Sicherheitspolizei zurückgezogen sei. Dieser Antrag war das Signal zu großen Straßenszenen und zur Erörterung der Frage, wenn das Hausrecht im Rathause zustehe. Die Erregung der Massen stieg noch, als mehrere Züge der Feuerwehr eintrafen, die von unberufener Seite alarmiert worden war. Die rüdesten Schimpfereien und Schmähungen wurden aus den radikalen Reihen gegen die Bürgerlichen geschleudert und als diese dann — bei einer Wiederholung dieser Szenen — unter Protest den Saal verließen, folgten die Kommunisten wie die Besessenen hinter ihnen her. Bürgermeister Ritter stellte das korrekte Vorgehen des Magistratskommissars fest, teilte indessen mit, daß die Sicherheitspolizei doch zurückgezogen sei, weil keine Exzesse mehr zu befürchten wären. Die Kommunisten begründeten ihre Arbeitslosen- und Wohnungsfürsorgeanträge mit den bekannten bombastischen Agitationsreden, mußten es sich aber gefallen lassen, daß selbst die radikalorientierten Stadträte ihnen erklärten, daß man mit solchen Anträgen keine praktische Politik betreiben könne.

Eine Weihnachtsspende chilenischer Frauen.

Berlin, 22. Dez. (TU.) Ein Verband chilenischer Frauen hat für die Kriegerwaisen eine Summe von 150 000 ℳ gesammelt und durch den hiesigen chilenischen Gesandten der Frau Dr. Simons, der Gattin des Reichsministers des Äußern, zur Verteilung zu Weihnachten übermitteln lassen.

Der Kampf um die Gewerkschaften in Hamburg.

Hamburg, 22. Dez. (TU.) In einer Versammlung der im Zentralverband organisierten Maschinisten und Heizer kam es zu erregten Auseinandersetzungen betreffend die Stellungnahme zu der Entschließung des Gewerkschaftsbundes, welche energische Maßnahmen gegen die Moskauanhänger verlangt, um einer Zersplitterung der Gewerkschaften vorzubeugen. Von den Kommunisten war ein Antrag gestellt worden, diese Entschließung abzulehnen und eine Resolution zuzustimmen, die für eine Revolutionierung der Gewerkschaften eintritt. Bei der Abstimmung wurde die Entschließung des Hauptausschusses des Gewerkschaftsbundes mit überwiegender Mehrheit angenommen, der Antrag der Moskau-Anhänger abgelehnt.

Besprechungen des Reichswehrministers in München.

München, 22. Dez. (TU.) Reichswehrminister Dr. Geßler ist zwecks Besprechung mit den Militär- und Zivilbehörden in München eingetroffen.

Rücktritt des griechischen Kabinetts.

Athen, 22. Dez. (TU.) Ministerpräsident Rhallis hat dem König die Demission des Kabinetts überreicht. Der König hat ihn ersucht, die Macht noch solange in den Händen zu behalten, bis die Einberufung der Kammer erfolgt ist.

10 Millionen-Spende für die österreichischen Kinder.

Wien, 22. Dez. (TU.) Die Wiener Großbanken haben für die Kinderhilfsaktion 10 Millionen Kronen gespendet.

Gefechte in Irland.

London, 22. Dez. (TU.) Aus Irland meldet „Daily Mail", daß eine Schlacht in Mullingham stattgefunden hat. Hierbei wurden 40 Freiwillige gefangen, 10 getötet und mehrere verwundet, ferner wurden 8 englische Soldaten getötet.

Neue Streiks.

Wien, 22. Dez. (TU.) Infolge Lohnforderungen ist das Personal der Staatsdruckerei sowie der „Wiener Zeitung" und des Münzamtes in den Ausstand getreten.

Graz, 22. Dez. (WTB.) Die Angestellten des Gast- und Schankgewerbes haben wegen nichterfüllter Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Drohender Eisenbahnerstreik in Österreich.

Wien 22. Dez. Die Beamten der Südbahn verlangten gestern die Auszahlung von Weihnachtsgratifikationen. Da die Südbahngesellschaft erklärte, sie könne die Forderungen nicht erfüllen, wurde der Verkehr der D- und Schnellzüge eingestellt. Wenn den Forderungen heute nicht nachgegeben wird, so soll auch der Verkehr der Personenzüge eingestellt werden. Man befürchtet, daß auch die Angestellten der Privatbahnen, welche Forderungen stellen werden, sich wahrscheinlich dem Streik anschließen und daß dadurch ein allgemeiner Eisenbahnerstreik in Österreich eintreten könnte.

Italienisches Ultimatum von d'Annunzio abgelehnt.

Rom, 22. Dez. (Stefani.) Da d'Annunzio nicht die Absicht geäußert hat, sich dem Willen Italiens zu unterwerfen, hat General Caviglia ihm Montag abend um 6 Uhr ein Ultimatum überreichen lassen, das gestern abend um 6 Uhr ablief. Das Ultimatum stellte drei Bedingungen: 1. Räumung von Veglia und Arbe und den anderen kleineren Ortschaften, die durch den Vertrag von Rapallo Südslawien zugesprochen sind. 2. Möglichkeit für die italienischen Kriegsschiffe, den Hafen von Fiume zu verlassen und Rückgabe der Schiffe und Munitionsdepots, die nach der Blockade nach Fiume gekommen sind. 3. Auslösung der Truppen, soweit es sich nicht um Bürger von Fiume handelt. Die Caviglia hinzufügte, läßt er Unterhandlungen nur in bezug auf Einzelheiten der Ausführung dieser drei Punkte zu.

Auf die Aufforderung General Caviglias antwortete d'Annunzio, er werde von Rapallo nicht anerkennen und jeden äußeren Widerstand entschlossen.

Konstituierung der „Vereinigten Staaten von Mittelamerika".

Basel, 22. Dez. Nach einem Telegramm des „Secolo" aus Guatemala haben sich die fünf zentralamerikanischen Republiken, Guatemala, Honduras, Salvador, Nicaragua und Costarica, zu den „Vereinigten Staaten von Mittelamerika" zusammengeschlossen. Die fünf Republiken werden von jetzt an ein einheitliches Banner führen und gemeinsame diplomatische und konsularische Vertretungen ernennen. Es werden die Zoll- und Münzsysteme sowie der Land- und Seeverkehr vereinheitlicht werden. Das neue Staatengebilde umfaßt rund 450 000 Quadratkilometer und drei Millionen Einwohner.

Politische Uebersicht.

Außenpolitischer Rückblick.

Wie in Deutschland, zeigt sich auch in anderen Staaten Europas, daß die Friedensbitte der Entente das Gegenteil ihres Zweckes erreicht haben. Namentlich die aus der früheren Donaumonarchie hervorgegangenen Staaten sind voller Unruhe. Dies gilt zunächst von Österreich, dessen finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse so zerrüttet sind, daß seine staatliche Fortexistenz direkt in Frage gestellt ist. Ob seine Lage sich durch die nunmehr erfolgte Aufnahme in den Völkerbund bessern wird, steht dahin. Irgend etwas muß aber geschehen, sonst ist Staat und Volk verloren!

Auch in der Tschecho-Slowakei ist die Lage unerfreulich. Auf die völkischen Konflikte folgen die sozialen mit Generalstreik, Standrecht und Kampf der sozialistischen Gruppen untereinander. Das Ende kann kaum vorausgesagt werden, da der durch den Frieden geschaffenen Konfliktsmöglichkeiten allzu viele sind. In Ungarn hat sich das Parlament für die Monarchie ausgesprochen. Die Frage aber, wer den Thron besteigen soll, ist ungelöst. Augenblicklich steigen die Chancen Kaiser Karls. Man verhandelt, um ihn zu seinem Verzicht auf die österreichische Kaisertrone zu bewegen. Rumänien und die Tschecho-Slowakei widersetzen dem aus naheliegenden Gründen. Frankreich begünstigt, worüber man sich nach der Vergangenheit unseres treuen Verbündeten Karl nicht wundern kann.

Endlich ist auch Jugoslawien voll innerer Unruhen. Die Wahlen zur Konstituante haben in Kroatien den überwiegenden Sieg der republikanisch-separatistischen Gruppe Raditsch gebracht. In einer Volkskundgebung haben die Kroaten Einhaltung von der Belgrader Konstituante geschworen, solange nicht von Serbien die Republik Kroatien anerkannt werde, als Teil eines größeren Staatenbundes, der Serbien und Bulgarien umfassen soll. Die Todfeinde Serbien und Bulgarien in einen Staatenbund zu bringen, ist wohl unmöglich. Allein, daß Kroatien nicht als Teil Serbiens dem Staat Jugoslawien angehören will, zeigt uns, wie die unstillbaren ethnischen Staatenbungen der Entente schwankende Gebilde sind und wie die Entwicklungen in diesen Landen noch nicht abgeschlossen sind.

Von Bedeutung ist, daß Frankreich die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan wieder aufnimmt. Man muß sich an das Trennungsgesetz erinnern, um den Triumph des Vatikans zu verstehen, der auch für uns von Bedeutung ist. Denn bei den Verbindungen des Vatikans zu dem südwestdeutschen und französischen Deutschland geht man wohl nicht in der Annahme fehl, daß der Zweck der neuen französischen Politik ist, durch den Vatikan bestimmenden Einfluß in den deutschen Ländern zu gewinnen, in denen die Abneigung gegen das Französische, wie auch im Elsaß, unverhüllt zutage tritt. Auch dieser Schachzug Frankreichs muß daher im großen Spiel seiner antideutschen Politik verstanden werden, die sich in Genf deutlich gezeigt hat, als Motta die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erwähnt hat. Der französische Vertreter protestierte sofort lebhaft gegen diese Möglichkeit, wobei es vielleicht Lüge gewesen wäre, sich erst einmal die Frage vorzulegen, ob Deutschland denn überhaupt in den Völkerbund eintreten will. All das muß aber beachtet werden im Hinblick auf die jetzt stattfindenden Besprechungen in Brüssel. Aus Paris wird gemeldet, Frankreich nähere sich dem deutschen Standpunkt, durch Ware usw. die Wiedergutmachung bewirken zu lassen. Es steht aber auch fest, daß die phantastischen Entschädigungssummen von den Franzosen weiter gefordert werden. Und so muß man völlige Skepsis bewahren. Die wahre Stimmung der Entente beweist jeder Tag von neuem. Wir erinnern an die Note bezüglich der Flugzeugfabrikation, der Einwohnerwehren, man bedenke, wie in jeder außenpolitischen Frage gegen uns entschieden wird, z. B. bei der Grenzabstimmung um Flensburg. Daher ist jeder Optimismus hinsichtlich der Entscheidungen der nächsten Wochen unangebracht.

*

Schweiz.

Der Bundesrat und der Völkerbund.

Bern, 21. Dez. Bundespräsident Motta erstattete dem Bundesrat in der Sitzung vom Dienstag vormittag Bericht über die Völkerbundsversammlung in Genf. Der Chef des politischen Departements hat [illegible] Delegierten für ihre [illegible] aus.

[illegible] an die 3. Internationale.

[illegible] sozialdemokratischen [illegible] gegen drei Stimmen [illegible] sprochen.

[illegible] der wirtschaftlichen Lebensvertrages. [illegible] gestern die Internationale [illegible] 175 gegen 66 Stimmen [illegible] wird, sie habe die Zurückweisung [illegible] Aufnahmen zum Schutze [illegible] Ausführung der wirtschaftlichen [illegible] Bestandteil eintreten

[illegible] Verfassungs-Entwurf. [illegible] Dienstag nachmittag [illegible] Gegenstände auch für die Aufnahme [illegible]

[illegible] die Griechen.

[illegible] hatte eine Botschaft [illegible] und seiner dreijährigen [illegible] großer Angst gelebt, ohne [illegible] Leben, den ihm die Zukunft [illegible] bringen gewähren. Es [illegible] dem Volke zu befinden. [illegible] habe ihm bewiesen, wie [illegible] Liebe meines Volkes. [illegible] und führt fort, er habe jetzt nur eine Aufgabe: sich des griechischen Volkes würdig zu erweisen, die Verfassung streng zu beobachten und parlamentarisch zu regieren. Im übrigen werde er die Einigkeit des griechischen Volkes zu fördern suchen, dessen Jahrhunderte alte Ansprüche auf dem besten Wege zur Erfüllung seien. Mit den Alliierten wolle er die besten Beziehungen unterhalten und die Bande, die Griechenland am Serbien fesselten, pflegen.

Rücktrittsgesuch der griechischen Regierung.

Paris, 22. Dez. Das griechische Kabinett übermittelte dem König die Demission. Der König hat den Ministerpräsidenten und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201222-17/fragment/page=0009